

Joachim Hirsch / Roland Roth

'Modell Deutschland' und neue soziale Bewegungen

1. Die westdeutsche Linke und die neuen sozialen Bewegungen

Die Gründung der 'Grünen', die Selbstauflösung der 'KPD' und die Kandidatur von Franz Josef Strauß bilden einige der politischen Eckpunkte gesellschaftlicher Veränderungen in der Bundesrepublik, auf die die Linke am Beginn der 80er Jahre mit einem Schub an Selbstverständigungsdiskussionen – Sozialistische Konferenz, Großer Ratschlag – reagiert. Zeitweise von den vielfältigen strategischen Überlegungen zur Wahlfrage überlagert schwelen sehr grundsätzliche politische Auseinandersetzungen, die auf einen politischen 'Paradigma-Wechsel' hindeuten. Grob vereinfacht geht es darum, ob die 'klassischen' Vorstellungen vom 'Proletariat' als Träger einer progressiven gesellschaftlichen Veränderung hin zum Sozialismus an den Nagel gehängt werden müssen, die 'proletarische Wende' der siebziger Jahre nicht nur in ihren historisch geborgten Gewändern sondern auch in der Substanz (Arbeiterklasse als unabdingbare Trägerin gesellschaftlichen Fortschritts) ein großer Irrtum war. Die Diskussionen um die 'Krise des Marxismus' verweisen darauf, daß die Frage nach dem 'revolutionären Subjekt' sowohl an den theoretischen Grundlagen der Kapitalismus-Kritik rütteln muß wie auch an den Vorstellungen von politischer Organisation und praktischer Politik, wie sie in der Linken bislang geläufig waren.

Diese Debatten sind weniger durch entscheidende Niederlagen der Arbeiterbewegung und entsprechende Desillusionierungen ausgelöst, als vielmehr durch die Entwicklung neuer sozialer Bewegungen in den siebziger Jahren stimuliert, die nicht nur das linke Lager durcheinander wirbeln, sondern gerade auch in weiten Teilen der Bevölkerung Widerhall und Unterstützung finden – weit mehr, als es die verschiedenen Projekte der Linken je vermochten. Das Auftauchen dieser neuen sozialen und politischen Akteure hat politische Identitätsprobleme verstärkt und Reorientierungsversuche begünstigt, die durch ein hohes Maß an 'Überpolitisierung' gekennzeichnet sind. Nicht daß 'politisch' reagiert wurde, erscheint dabei problematisch, sondern die Hektik, mit der die alten Vorstellungen begraben und neue Hoffnungen kreierte wurden, muß erstaunen. Obwohl sich Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung seit mehr als einem Jahrzehnt in der Bundesrepublik zunehmend politischen Einfluß verschafften, gelangten sie und die von ihnen aufgeworfenen Fragen erst vor kurzem – vor allem seit den parlamentarischen Erfolgen der 'Grünen' – in das Blickfeld der Linken. Dies gilt auch und besonders für die theoretische Auseinandersetzung, wo die wichtigsten Schriften der 'Bewegung' zunächst von Parteipolitikern wie Epler und Gruhl (1974) verfaßt wurden. Diese praktisch-politische und theoretische Ignoranz gegenüber den neuen sozialen Bewegungen kontrastiert sehr stark mit der Behendigkeit, mit der neuerdings von der Linken auf beiden Ebenen Synthesangebote vorgebracht werden. In unserm Kontext ist weniger das Projekt einer grünen Partei von Interesse, sondern vielmehr seine intellektuelle Begleitmusik, die nun den »ökologischen Humanismus« und die »Gattungsfrage« in den Mittelpunkt politischen Handelns stellt. Politökonomische und klassentheoretische Überlegungen, die den politischen Selbstfindungsprozeß der west-

deutschen Linken oft eher überschattet als erhellt hatten, werden flugs zu den Akten gelegt, ohne daß der Perspektivenwechsel gesellschaftstheoretisch begründet wäre. So leiden viele der aktuellen Diskussionen unter einem doppelten Mangel. Die theoretisch nicht vorgesehenen Themen der neuen sozialen Bewegungen, von denen auch die Linke vor zehn Jahren nicht zu träumen wagte, werden oft sehr oberflächlich in bestehende Theoriestränge eingearbeitet, ohne daß deren Grundlagen überprüft würden – oder es wird eine anti-theoretische *tabula rasa* veranstaltet. Was an der bislang gepflegten theoretischen Arbeit zu verwerfen ist bzw. korrekturbedürftig erscheint, wird kaum offengelegt. In diesem Sinne versteht sich die nachfolgende Skizze als ein Diskussionsangebot, das den Versuch unternimmt, den ursächlichen Zusammenhängen der neuen sozialen Bewegungen nachzugehen, ohne den Blick von der prägenden Gesellschaftsformation zu nehmen. Auf praktisch-politischer Ebene signalisiert das linke Engagement in den neuen sozialen Bewegungen allzu oft die Wiederkehr eines alten Dilemmas, das mit den Avantgarde-Konzept Lenins verknüpft ist. Der 'Masse' der Engagierten gelingt es lediglich, ein 'ökologisches' Bewußtsein – ähnlich dem trade-unionistischen des Proletariats – zu entwickeln, Funktion der Linksinтеллектуellen sei es nun, dies in ein antikapitalistisches Bewußtsein zu transformieren. Vieles deutet jedoch darauf hin, daß dieses Politikverständnis durch die Praxis der neuen sozialen Bewegungen selbst längst in Frage gestellt ist, auch wenn Parlamentarisierungsversuche solche Wiederbelebungen begünstigen. Die möglichen produktiven Funktionen der linken Intelligenz in den neuen sozialen Bewegungen sollen daher zum Abschluß des Beitrags erörtert werden.

II. Gesellschaftsstrukturelle Veränderungen und die neuen Dimensionen sozialer Konflikte

'Fordistische' Vergesellschaftungsform und 'Modell Deutschland'

'Modell Deutschland' bezeichnet ein theoretisches Konzept zur Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik, das beansprucht, einige neuere und mit herkömmlichen 'linken' Interpretationsrastern nicht so recht vereinbare Phänomene wie z.B. die Abnahme traditioneller Formen von Klassenauseinandersetzungen, die Erosion von 'Klassenbewußtsein', die Transformation von Parteien und Gewerkschaften zu Quasi-Staatsapparaten oder das Aufkommen der 'neuen sozialen Bewegungen' konkreter begründen und zugleich die aktuellen Krisen- und Konflikttendenzen genauer bestimmen zu können. Die These, daß Struktur und Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft grundlegend durch die Tendenz zu einer korporativistisch abgestützten Spaltung in einen produktivistischen 'Kern' und marginalisierte Zonen der 'Peripherie' charakterisiert ist, die sich unter den Bedingungen einer spezifischen, auf den Export fortgeschrittener Produkte und Technologie gründenden Weltmarktintegration durchsetzt, hat nicht nur den Vorteil, eine Reihe aktueller gesellschaftlich-politischer Entwicklungen plausibel zu begründen, sondern kann in der Theorie zumindest ansatzweise einlösen, was bei vielen der sich auf Marx beziehenden Analysen bisher eher Postulat geblieben ist: die Vermittlung 'nationaler' Ausformungen von Klassenstruktur und Klassenkonflikt mit der Weltmarktbeziehung des Kapitals.¹

Obwohl wir diesen Ansatz für sehr brauchbar und weiterführend halten, meinen wir, daß derartige Analysen so lange unvollständig bleiben müssen, wie nicht zugleich die grundlegenden Veränderungen in der Vergesellschaftungsweise mitberücksichtigt werden, die sich in der historischen Entwicklung des Kapitalismus durchsetzen². Tatsächlich haben wir es bei den aktuellen Tendenzen nicht nur mit (weltmarktvermittelten) kapitalfraktionellen und klassenstrukturellen Umgruppierungen innerhalb einer gegebenen Vergesellschaftungsform 'Kapitalismus' zu tun, sondern die kapitalistische Gesellschaft ist im Zuge der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses als Reproduktions- und Vergesellschaftungszusammenhang tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. Dies macht es unmöglich, umstandslos von einer Kontinuität der Formation auszugehen. Die unter dem Zwang zur Steigerung der relativen Mehrwertproduktion sich vollziehende 'reelle Subsumtion' bezieht sich ja keineswegs allein auf die Produktions- und Arbeitsprozesse, sondern auf den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang insgesamt. Taylorisierung der Arbeit und die Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs bilden eine Einheit. Mit dem Übergang zur Massenproduktion von Konsumgütern, die Voraussetzung und Folge der Taylorisierung der Arbeitsprozesse ist, wird der Reproduktionsbereich immer durchgängiger dem Kapitalverhältnis unterworfen, warenförmig und in kapitalistischen Zeitrhythmen organisiert. Die Reproduktion der Arbeitskraft wird als bedeutende Anlagesphäre für das Kapital erschlossen, was heißt, daß die Befriedigung lebenswichtiger Bedürfnisse und die Kompensation für gesteigerten Arbeitskraftverschleiß gewaltsam in das Korsett kapitalistisch produzierter Waren- und Dienstleistungsangebote gezwängt werden, Lebenszusammenhänge bis in die feinsten Verästelungen (der Wünsche, der Phantasien, des 'Intimbereichs') hinein zum Objekt kommerzieller Vermarktungsstrategien gemacht werden.

Dies impliziert die Auflösung traditioneller Vergesellschaftungsformen, in denen die Reproduktion von Arbeitskraft und Natur dem Kapital noch nicht reell subsumiert war, Arbeitskraft und die Naturbedingungen von Produktion und Reproduktion den Charakter einer 'Gratisproduktivkraft' hatten. Je mehr das Kapital sich im Zuge seiner Entwicklung allmählich alle gesellschaftlichen Sphären unterwirft, damit naturwüchsig-'vorkapitalistische' Formen der Produktion und Reproduktion auflöst, desto deutlicher erscheinen Natur und Menschen als gesellschaftlich produziert. Die Reproduktion des Gesellschaftszusammenhangs mitsamt seiner Naturbasis wird zur organisiert gesellschaftlichen, was unter kapitalistischen Bedingungen heißt: wesentlich staatlichen Angelegenheit. Die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion von 'Subjektivität' und 'Natur' tritt allmählich ins Bewußtsein. Dies ist der historische Hintergrund der heutigen, sich gleichermaßen auf 'Natur' und 'Subjektivität' beziehenden ökologischen Diskussion.

Die Auflösung quasi-autonom, dem Kapital nur formell subsumierter Formen der Arbeitskraftreproduktion und die damit verbundene Zerstörung klassenbestimmter Milieus und 'Laget' beseitigt gesellschaftliche Brüche und Ungleichzeitigkeiten, aus der die frühe Arbeiterbewegung einen großen Teil ihrer Kraft gezogen hatte. Die Gesellschaft wird eindimensional und geschichtslos. Marx hat diese Tendenz zwar abstrakt benennen, aber in ihren Auswirkungen nicht konkret verfolgen können. Wohl deshalb bleibt bei ihm eigenümlich unbestimmt, was reelle Subsumtion der Arbeitskraft und ihrer Reproduktion unter das Kapitalverhältnis bedeutet³. Dies heißt nämlich nicht zuletzt, daß die assoziierten Produzenten selber in einer ungeheuer deformierten Weise kapitalistisch 'entwickelt' werden: durch Unterdrückung sozialer Kreativität, Autonomie, solidarischer Verkehrsformen, durch vielfältige Arten der Dequalifizierung und Enteignung. Daß das Proletariat sich

nicht quasi naturwüchsig zu *der* selbstbewußten und autonomen revolutionären Klasse entwickeln konnte, sondern zunächst einmal als der Fähigkeit zu selbständig-solidarischem und selbstbewußt-gesellschaftsveränderndem Handeln beraubte, 'subalterne' Klasse (Bahro) erscheint, erweist sich als Produkt des kapitalistischen Entwicklungsprozesses und der darin wurzelnden Veränderungen des Vergesellschaftungszusammenhangs selbst. Theoretisch ist dies am ehesten im Umkreis der 'Frankfurter Schule' thematisiert und begriffen worden. Daran muß schon deshalb wieder angeknüpft werden, weil die 'orthodoxe' Marx-Rezeption im Gefolge der Studentenbewegung diese spezifische Modernität des gegenwärtigen Kapitalismus kaum begriffen hat. Im Rahmen einer historisch-materialistischen und kapitaltheoretischen Argumentation läßt sich diese u.E. freilich schlüssiger und, was die gesellschaftlichen Krisen- und Konflikttendenzen angeht, bestimmter fassen, als es im Rahmen der Kritischen Theorie der Fall war. Wir bezeichnen hier die sich in den fortgeschrittenen kapitalistischen Metropolen durchsetzende Vergesellschaftungsform als »fordistische«. Dabei ist zu beobachten, daß sich in Europa diese Tendenz erst nach dem zweiten Weltkrieg bestimmend durchzusetzen beginnt. Der Begriff 'Fordismus' ist – wohl in Anlehnung an Gramsci – in der französischen Diskussion aufgekommen und hat den Vorteil, recht plastisch auf den gesellschaftlichen Wandel innerhalb der kapitalistischen Strukturen hinzuweisen, für den Fords Auto-Modell 'T' tatsächlich bahnbrechend war: Taylorisierung der Arbeit, auf Massenkonsumgüterproduktion gestützte Kapitalverwertung, Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs⁴.

Unsere These ist, daß eine Analyse gegenwärtiger Krisen- und Konfliktzusammenhänge von dieser 'fordistischen' Umstrukturierung der Gesellschaft ausgehen muß. Die damit verbundene Umwälzung der Vergesellschaftungsverhältnisse wird im Fall der Bundesrepublik durch die Bedingungen des 'Modells Deutschland' in spezifischer Weise überlagert und modifiziert. Dies macht die Wichtigkeit der sich darauf beziehenden Theoretisierungsversuche aus. Nur: eine *ausschließlich* mit den in diesen Konzepten der 'Gesellschaftsspaltung' enthaltenen Annahmen operierende Analyse muß zu kurz greifen, und zwar sowohl in Hinblick auf die ablaufenden Fraktionierungs- und Marginalisierungstendenzen und ihre Folgen für die gesellschaftlichen Konflikte als auch hinsichtlich von Struktur und Funktionsweise des politischen Herrschaftsapparats.

Soziale Desintegration und Verwerfung der Klassenstrukturen

Ein wesentliches Merkmal der »fordistischen« Gesellschaft ist ein sich beschleunigender Prozeß der sozialen Desintegration. Dies ist Resultat der Durchkapitalisierung und Auflösung überkommener sozialer Milieus und Lebenszusammenhänge (häusliche Produktion, Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, dörfliche Gemeinschaften, Familie, Arbeiterkulturen) sowie einer sich beschleunigenden Umstrukturierung der Produktion (erzwungene Mobilität, Arbeitsimmigration, forcierte Qualifikations-/Dequalifikationsprozesse usw.). Taylorisierung und Intensivierung der Arbeit und eine auf kommerzielle Waren und Dienstleistungen gestellte Arbeitskraftreproduktion erzeugen strukturell gesellschaftliche Isolierung und privatistische Orientierungen. Jenseits objektiver Klassenzugehörigkeit unterminiert dies klassenmäßige soziale und kulturelle Zusammenhalte. Darüberhinaus verschwimmen die Grenzen zwischen dem 'Proletariat' und den lohnabhängigen 'Mittelklassen' durch Rationalisierung und Taylorisierung der Büro- und Verwaltungstätigkeiten, nimmt das Industrieproletariat im Verhältnis zu den Beamten und Angestell-

ten im Staats-, Verwaltungs- und Dienstleistungssektor immer mehr ab. Zusammen mit den im Rahmen des 'Modell Deutschland' durchgesetzten gesellschaftlichen Spaltungsprozessen und zunehmenden regionalen Disparitäten ergibt sich das Bild einer in ihrer Klassenstruktur sowohl objektiv wie bewußtseinsmäßig vielfach geschichteten, zergliederten und gespaltenen Gesellschaft. Es entstehen sich überschneidende und zugleich disparitäre soziale Lagen und segmentierte Erfahrungszusammenhänge, die teilweise quer zu den 'politökonomisch' definierbaren Klassenlinien liegen.

Demgegenüber reichen die Auswirkungen von Zwangsmobilisierung, struktureller Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und Arbeitsintensivierung weit über die Arbeiterklasse i.e.S. hinaus. Nicht zuletzt die Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs erzeugt Schäden und Depravierungen, die sich zwar klassenspezifisch auswirken, die aber nicht klassenmäßig begrenzt sind: Natur-, Stadt- und Umweltzerstörung, die Industrialisierung von Erfahrungswelten, Taylorisierung und Intensivierung sowohl der Produktions- als auch der Reproduktionsarbeit u.a.m. Insgesamt entsteht daraus zugleich eine Verallgemeinerung und eine Partialisierung sozialer Depravierungserfahrungen und Konflikte, eine Entwicklung, die durch wachsende staatsadministrative 'Verwaltung', Manipulation und Verschiebung von Krisenlagen weiter verstärkt wird. Durch repressive Regulierung und gezielte Subventionierung versucht der Staat, das Entstehen geballter sozialer Konfliktfronten zu verhindern (etwa bei der Verwaltung der Arbeitslosigkeit). D.h. 'Betroffenheit' durch Krisen und Depravationen entsteht sowohl sozial unterschiedlich als auch an vielfältigen, zunächst unverbunden erscheinenden Punkten des Alltagslebens (da ein Baum ab, dort mehr Lärm, weiter weg ein Kernkraftwerk, und mehr Streß bei der Arbeit). Während einiges dafür spricht, daß gerade die Beschleunigung des ökonomisch-sozialen Restrukturierungsprozesses mit seinen vielfältigen Folgen die Grenzen der Hinnahmefähigkeit zu durchbrechen beginnt und das Bewußtsein von allfälliger gesellschaftlicher Bedrohung und Zerstörung anwachsen läßt, bewirkt auch eine soziale und räumliche Ballung von Unerträglichkeiten noch keineswegs von sich aus wachsende Widerstandsbereitschaft. Ebenso wahrscheinlich sind Resignation und Apathie oder die vielfältigen Versuche mit individuellen Ausweichstrategien, die dann - wie etwa bei der Stadtfucht und ihre Folgen für das 'Land' - ihrerseits den destruktiven Zirkel eines verschärften »positionalen« Wettbewerbs in Gang setzen.⁵ Diese Segmentierung, Dezentralisierung und Partialisierung der Interessenlagen und Konflikte ist genuiner Ausdruck der fordistischen Vergesellschaftungsform. Sie macht die Synthetisierung von Krisen- und Depravierungserfahrungen zu stabilen und zusammenhängenden politischen Handlungspotentialen schwieriger, aber gleichzeitig produziert die 'fordistische' Gesellschaft eben den zugrundeliegenden Krisenzusammenhang und damit die materielle Basis für gesellschaftlichen Konflikt mit einiger Notwendigkeit auf erweiterter Stufenleiter.

Sicherheitsstaat

Die Durchkapitalisierung der Gesellschaft und die damit verbundenen Desintegrationsprozesse (sichtbar z.B. an der Familie, die als 'aturwüchsig' konditionierende und einpassende Sozialisationsinstanz gleichzeitig immer höheren Anforderungen ausgesetzt ist und dabei immer instabiler und schwächer wird) erzeugen eine starke Tendenz zur Durchorganisation des gesellschaftlichen Lebens (von der Freizeitindustrie über Versicherungen bis hin zu den vielfältigen öffentlichen und privaten Diensten). Der gesellschaftliche Alltag ist

von einem Netz regulierender, vorsorgender, überwachender und kontrollierender Institutionen und Organisationen durchzogen. Soziale Desintegration bedeutet immer zweierlei: zunehmendes Angewiesensein auf vergesellschaftete Formen der Reproduktionssicherung (bei Altern, Krankheit usw.) und ein Anwachsen der komplexen Mechanismen zur Überwachung und Einpassung der Individuen in den fordristischen Produktions- und Konsumzirkel (effizient arbeiten, fleißig konsumieren, keine dummen Gedanken). Die zunehmende Bedeutung repressiv sozialisierender und sozial konditionierender Institutionen ist die Kehrseite der Auflösung 'naturwüchsiger' sozialer Zusammenhänge und der Tatsache, daß die 'freiwillige' und flexible Einpassung der Individuen in die schnell sich verändernden Produktions- und Reproduktionsbedingungen ökonomisch unverzichtbar ist und zugleich zu einer immer prekäreren Angelegenheit wird.

Aus alledem resultiert der Doppelcharakter des Staates als 'Wohlfahrts-' und Überwachungsstaat, seine Transformation zum in diesem Sinne integralen 'Sicherheitsstaat'. Kennzeichen dieser Veränderung ist nicht nur das augenscheinliche Wachstum der Sicherheitsapparate und die Erweiterung ihrer Kontrollfunktionen (z. B. die BKA-Computer und was sich darum herumrankt), sondern mehr noch die schleichende Umfunktionierung bestehender Institutionen zu sozial präventiven Kontrollapparaten und die wachsende Vernetzung des Staates mit dem gesellschaftlichen Organisationsgeflecht der materiellen und ideologischen Reproduktionsregulierung (etwa im Sozialarbeit-Polizei-Komplex, Parteien als quasi-staatliche Kontrollagenturen politischer Artikulationschancen, Medizin-Justiz-Verbund u. v. a. m.). D. h. der monopolkapitalistischen Durchorganisation der Produktion folgt mit fortschreitender Durchkapitalisierung eine immer striktere Organisation der Gesellschaft überhaupt, der Sicherheitsstat erscheint als Kern eines umfassenden bürokratischen Regulierungs-, Kontroll- und Überwachungsnetzes. Diese Durchorganisation und Durchstaatlichung der Gesellschaft hat spezifische Reaktionsformen zur Folge: auf der psychosozialen Ebene die Zunahme 'narzißtischer' Dispositionen, die man zumindest auch als Folge eines gesellschaftlichen Syndroms von Entmündigung, Prävention/Kontrolle und der Unmöglichkeit, Individualität und Freiheit noch zu realisieren ansehen kann.⁶ Auf politischer Ebene lassen sich in diesem Verursachungszusammenhang zunehmender Antistatualismus, Antibürokratismus, 'Staatsverdrossenheit' und – bezieht man die scheinbare Verursachung gesellschaftlicher Krisen durch den Staat und die skizzierten klassenmäßigen Verwerfungen mit ein – wachsende populistische Tendenzen und eine zunehmende attraktive 'anti-staatliche' Alternativ-Szene sehen.

Wichtig ist, daß die spezifische Natur des Sicherheitsstaats als Versorgungs- und überwachende Repressionsagentur diese Reaktionsformen zugleich auch mit eigentümlichen Ambivalenzen ausstattet. Vereinfacht ausgedrückt: der Kampf gegen einen Staat, von dessen Funktionieren man bis in die kleinste Lebensäußerungen hinein materiell abhängig ist, wird zu einer recht prekären Angelegenheit.

Ideologische Krise und 'Wertwandel'

Zunehmende Warenförmigkeit gesellschaftlicher Beziehungen, soziale Isolierung, Unterdrückung autonomer Fähigkeiten, Auflösung gewachsener sozialer Milieus und Lebenszusammenhänge, fortwährende Umwälzung kultureller Normen durch eine kapitalförmig organisierte Kultur- und Bewußtseinsindustrie, produzierte Geschichtslosigkeit, kommer-

zielle Ausbeutung von Triebregungen und Wünschen, 'psychologische Kolonisationsprozesse', die fortwährende Erzeugung und Freilegung von Bedürfnissen im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionszusammenhang, die dann nur verzerrt und kompensatorisch – eben in Form kommerzieller Waren- und Dienstleistungsangebote – befriedigt werden können und daher immer neue Bedürfnisse nach sich ziehen, – all das bildet eine wichtige Grundlage für die schleichende ideologische Krise dieser Gesellschaft. Die andere ist, daß die Bourgeoisie im Zuge des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses des Kapitals als vergleichsweise homogene 'kulturelle Klasse' weitgehend verschwunden ist. Dies zusammengenommen bewirkt eine entscheidende Schwächung der 'bürgerlichen' ideologischen Hegemonie. Die von der Anarchie des Kapitals geprägte Bewußtseinsindustrie produziert ein Konglomerat sich permanent selbst dementierender 'Leitbilder'. Gesellschaftliche Wert- und Verhaltensmuster werden über Werbekampagnen, Verpackungen und kommerzielle Dienstleistungen vielfältiger Art transportiert und unterliegen damit den Bedingungen der kapitalistischen Verschleißproduktion, sind instabil, uneinheitlich und fließend. Die Wirkungen der 'konsumeristischen' Verhaltensnorm (immer mehr arbeiten, um immer mehr immer weniger Nützliches zu konsumieren) sind keineswegs eindeutig: diese erzeugt immer auch Widerstände, Nichtanpassung, Verweigerung, subjektive Potentiale von Rebellion, die jedoch nicht gradlinig 'soziologisch' verortbar sind, sondern fluktuieren und instabil bleiben. Diese widersprüchliche Bedeutung von Subjektivität ist in einem auf fortwährende Intensivierung der relativen Mehrwertproduktion gestützten Verwertungszusammenhang strukturell angelegt. Es ist das Kapital selbst, das für Produktion und Konsum gleichermaßen in wie auch immer verzerrter Weise Fähigkeiten, Bedürfnisse und Wünsche entwickeln muß, die immer auch 'Überschießendes', nicht in den fordistischen Zirkel Integrierbares enthalten.⁷

Nimmt man hinzu, daß die Auflösung traditioneller kultureller Milieus mit erhöhter Zwangsmobilität, erzwungenem Berufswechsel, Dequalifikation und genereller Unsicherheit der Lebensperspektiven verbunden ist, so ist es kein Wunder, daß die bestehende Gesellschaft – am deutlichsten sichtbar bei Teilen der Jugendlichen – an einem enormen 'Sinndefizit' leidet. Während traditionelle Werte permanent relativiert, in Frage gestellt und umgewälzt werden, scheint der wachsende Reichtum der Gesellschaft und die damit verbundene Produktion von »Armut durch Warenfülle« (Gorz) zu einer tendenziellen Verbreitung »postmaterialistischer« Werte zu führen, was sich in der Relativierung traditioneller gesellschaftlicher Standards (Sparsamkeit, Ordnung, Leistung) nicht nur in Randbezirken äußert.⁸ Wie tiefgreifend und stabil dieser Wertwandel tatsächlich ist, bleibt in der laufenden wissenschaftlichen Debatte vorläufig umstritten und muß hier dahingestellt bleiben. Vor allem ist offen, was passieren würde, wenn die auf technologische Expansion des Kapitals nach innen und außen gerichtete Strategie zusammenbrechen würde. Sicher ist nur, daß sein gesellschaftlicher Verursachungszusammenhang unter den gegebenen und nicht umstandslos zu verändernden Bedingungen der Kapitalverwertung struktureller Natur ist. Die Art und Weise der Produktion und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums läßt die Diskrepanz zwischen Leistungszwang, Warenfülle und realer Bedürfnisbefriedigung immer spürbarer werden, und der Zirkel von Vernichtung durch Produktion steigert sich allmählich ins Aberwitzige. Nicht zuletzt hier wird der ideologische Kitt der fordistischen Gesellschaft brüchiger. Dies zieht durchaus widersprüchliche Reaktionen nach sich: vom bewußten 'Aussteigen' bis zu reaktionär mobilisierbaren Regressionen.

Korporativistisch abgestützte Spaltung der Gesellschaft?

Die vorliegenden Theoretisierungsansätze des 'Modell Deutschland' legen eine Interpretation nahe, die von einem eindeutig soziologisch verortbaren Marginalisierungs- und Abgrenzungsprozeß ausgeht. D.h. gesellschaftlicher 'Kern' und ausgegrenzte 'Peripherie' werden als sozialstrukturell gegeneinander abgrenzbare Bereiche gesehen, denen sich die Individuen jeweils zuordnen lassen.⁹ Nach diesem Konzept tritt an die Stelle der traditionellen Klassengesellschaft eine gewissermaßen zusätzlich dichotomisch gespaltene. Soweit diese vertikale Spaltung der Gesellschaft als Erscheinungsform und Produkt des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses im Weltmarktzusammenhang begriffen wird, trifft sich hier eine mit Marx'schen Kategorien operierende Analyse auf recht eigentümliche Weise mit den ideologischen Begründungsmustern für Selbstgettoisierungstendenzen in Teilen der linken Szene ('Zwei Gesellschaften'). Überhaupt scheint der Begriff 'Modell Deutschland' innerhalb der westdeutschen Linken oft eher ein diffuses Lebensgefühl auszudrücken und mit seiner scheinbaren Griffigkeit dafür herhalten zu müssen, den Verzicht auf genauere gesellschaftliche Analyse zu rechtfertigen.

Geht man indessen von der stringenteren Begründung der mit 'Modell Deutschland' bezeichneten gesellschaftlichen Entwicklung im Kontext weltmarktvermittelter Kapitalreproduktion aus, so erscheint es aufgrund dieser Spaltungshypothese als naheliegend, gerade die 'neuen sozialen Bewegungen' (Ökologie-, Frauen-, Alternativbewegung) als isolierte und isolierbare Ausdrucksformen einer marginalisierten Peripherie zu begreifen, deren politische Perspektiven grundsätzlich zweifelhaft sind: sei es infolge ihrer objektiven strukturellen Schwäche (z.B. wegen der Distanz zum materiellen Produktionsprozeß und der fehlenden Verbindungen zur Arbeiterklasse), sei es, weil sie als Element einer ideologisch-politischen Flankierung und Stabilisierung der korporativistischen Spaltungs- und Ausgrenzungsstrategien gesehen werden (etwa durch die Verbreitung tendenziell reaktionärer Ideologien, parteimäßiger Integration, Verbreitung einer Bescheidenheitsmoral, folgenlosem Sozialutopismus).

Ein besonderes Problem der ökonomietheoretisch argumentierenden Begründungen des 'Modell Deutschland' liegt in einem impliziten Hang zum Ökonomismus. Das Gelingen der korporativistischen Ausgrenzungsstrategien, d.h. die Stabilisierung ausgrenzender Gesellschaftsspaltung wie auch ihre jeweiligen – mehr oder weniger konzessiven – Formen erscheinen als wesentlich von der 'objektiven' Entwicklung der Kapitalverwertungsbedingungen im Weltmarktzusammenhang abhängig. Politisch folgt daraus tendenziell eine Art von ökonomischem Fatalismus: mit einiger Plausibilität kann der auf längere Sicht unausweichliche Zusammenbruch dieses Integrations- und Herrschaftsmusters prognostiziert werden, ohne daß sich daraus eine politisch weitertreibende oder gar 'revolutionäre' Perspektive ergäbe.

Demgegenüber bleibt festzuhalten, daß die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft zwar extrem weltmarktabhängig ist, aber die Art und Weise des Durchschlagens dieser strukturellen Determinanten auf politische Prozesse und Kräfteverhältnisse wesentlich von Konflikterfahrungen, Organisations- und Lernprozessen abhängt, die allein ökonomietheoretisch nicht einzuholen sind. Die ökonomischen Determinanten des 'Modell Deutschland' bilden zwar eine nicht vernachlässigbare Rahmenbedingung, aber die Analyse von Bedingungszusammenhang, Struktur und Prozeß sozialer Bewegungen und Konflikte muß tiefer ansetzen. Vor allem ist davon auszugehen, daß die 'fordistische' Form der Vergesell-

schaftung ein komplexes Syndrom von Spaltungs- und Vereinheitlichungstendenzen und damit verbundene Konfliktstrukturen erzeugt, die zumindest teilweise quer liegen zu dem mit dem 'Modell Deutschland' erzeugten gesellschaftlichen Bruch. Von daher läßt sich begründen, daß Einschätzungen der neuen sozialen Bewegungen, die diese als von vorneherein ausgrenzbare und isolierbare Erscheinungsformen einer marginalisierten Peripherie begreifen, ebenso fehlgehen wie die traditionalistische Auffassung, die von ihrer 'objektiven' sozialstrukturellen Basis umstandslos auf ihren kleinbürgerlichen Charakter (kurz)schließt. Derartige Interpretationen sind ebenso untauglich wie ihre etwas blauäugige Hochstilisierung zu *der* emanzipativen und sozialrevolutionären Perspektive.

Für die These, daß die Basis der neuen sozialen Bewegungen in gesellschaftlichen Veränderungen zu suchen ist, die nicht sektoral eingegrenzt, sondern tendenziell gesellschaftsübergreifend sind, sprechen mehrere Gründe:

- Die Depravierungs- und Ausgrenzungsprozesse, die nicht zuletzt mit der Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs auftreten, bleiben nicht auf bestimmte Gruppen und Schichten beschränkt, sondern gehen tendenziell durch alle gesellschaftlichen Individuen *hindurch*. Die Erfahrung systematisch blockierter Bedürfnisbefriedigung, der Widersprüche einer kapitalistisch betriebenen Produktion gesellschaftlichen Reichtums, der fortdauernden Zerstörung von Lebens- und Entfaltungschancen und mit den Zwängen einer repressiven Normalisierungsgesellschaft sind zwar in ihrer Auswirkung durchaus schicht- und klassenspezifisch, greifen aber zugleich auf große Teile der Gesellschaft über. Die alte These Offes von der »Disparität der Lebensbereiche« könnte in diesem Zusammenhang durchaus noch einmal aufgenommen und von der materiellen Vergesellschaftungsform des 'Fordismus' her begründet werden.
- Die Marginalisierungstendenzen greifen tief und verzweigt in die Arbeiterklasse hinein, und es fällt schwer, auf längere Sicht einen 'Kern' auszumachen, der davon verschont bleiben sollte. Die Ausbreitung peripherer Arbeitsmärkte, strukturelle Arbeitslosigkeit, Zwangsmobilität, Dequalifizierung, Arbeitsintensivierung und lebensperspektivische Unsicherheit sind Entwicklungen, die potentiell die ganze Arbeiterklasse betreffen und zugleich weit über diese hinausgreifen. 'Kern' und 'Peripherie' lassen sich zwar im gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang funktional unterscheiden, aber die einzelnen Individuen können diesen Sektoren weder voll noch dauerhaft zugerechnet werden. 'Marginalisierungserfahrungen' werden sich (wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise) verallgemeinern.
- Ideologische Krise und 'Wertwandel' sind Phänomene, die nicht auf die Peripherie beschränkt sind. Im wesentlichen sind davon zunächst einmal die Gruppen und Schichten tangiert, die sich in spezifisch 'privilegierten' sozialen Lagen befinden, z.B. vom Kapitalreproduktionsprozeß nicht direkt abhängige Sozial- und Dienstleistungsberufe, Studenten, Jugendliche. Doch ist kaum damit zu rechnen, daß der Prozeß bei diesen halt macht. Eine wichtige Rolle spielt dabei, daß bei wachsender 'Tertiarisierung' der Gesellschaft die Basis des produktivistisch integrierbaren Kerns quantitativ schwächer wird. Ein Ausdruck dieses Zusammenhangs ist es, daß in den neuen sozialen Bewegungen, insbesondere in der Ökologiebewegung, sich durchaus sozial heterogene Gruppen zusammenfinden, die jedenfalls nicht eindeutig dem Kern oder der Peripherie zuzurechnen sind. Selbst die Alternativscene weist durchaus ihre spezifischen Verbindungen und 'Vernetzungen' mit der 'Normalgesellschaft' auf. Berücksichtigt man die außerordentlich heterogenen sozialen Lagen und Bedingungen, die

zu einem Engagement in diesen Bewegungen führen, wird die Unhaltbarkeit ihrer Etikettierung als 'kleinbürgerlich' deutlich: klassenstrukturelle Bestimmungen dieser Art erweisen sich angesichts der veränderten Vergesellschaftungsformen als abstrakt bis zur Obsoletheit. Man wird diesen Bewegungen nur gerecht, wenn man sie als den heterogenen und widersprüchlichen *Prozeß* begreift, den sie in Wirklichkeit darstellen. Dann aber muß berücksichtigt werden, daß der »fordistische« Vergesellschaftungszusammenhang dazu führt, daß die Chancen für die Entwicklung gesellschaftlicher Sensibilität, Handlungsfähigkeit und zur Ausbildung universalistischer Normen ziemlich disparat verteilt sind, sich jedenfalls nicht eindeutig klassenspezifisch zuordnen lassen. Angesichts der skizzierten hegemonialen Instabilitäten und einer perennierenden ideologischen Krise können aktive Minderheiten gerade innerhalb des 'Kerns' ein erhebliches gesellschaftliches Transformationspotential darstellen, in Wechselwirkung mit entsprechenden Entwicklungen in Teilen der Peripherie. D.h. eine objektivistisch verfahrenende Katalogisierung dieser Bewegungen als 'marginal' oder 'kleinbürgerlich' geht – selbst wenn sie von den sozialstatistischen Gegebenheiten her als zutreffend erscheint – möglicherweise an ihrem initiatorischen und transformatorischen Stellenwert vorbei. Sie dürfen nicht nur in den Termini einer strukturellen Klassenbestimmung, sondern müssen auch in den Kategorien von Konflikt, Erfahrung in Lernen in einem komplexen Vergesellschaftungszusammenhang gesehen werden.

— Schließlich bleibt noch darauf zu verweisen, daß die ökonomische Abhängigkeit der Peripherie vom Kern nicht nur – wie öfters richtig beschrieben – als Hebel einer Spaltung und (reaktionären) ideologischen Mobilisierung (der Steuerzahler gegen die Nichtsteuer bzw. der Freaks gegen die Squares) dient, sondern ebenso auch Ansatzpunkt für produktive Konflikte bieten kann. So z.B. wenn in der Ökologiebewegung allmählich klar geworden ist, daß die Angst um Arbeitsplätze eine zu berücksichtigende reale Basis hat oder wenn Alternativler lernen, daß ihre Existenz unter den bestehenden Verhältnissen davon abhängt, daß andere 'normal' arbeiten und daß sie ihre Ziele nicht werden erreichen können, wenn sie sich vom Rest der Gesellschaft abkoppeln.

III. Perspektiven, politische Widersprüche und Lernprozesse der neuen sozialen Bewegungen

Ein zentraler Widerspruch dieser Gesellschaft besteht darin, daß sie zwar durch wachsende physische und psychische Zerstörungen gekennzeichnet ist, aber zugleich auch infolge ihrer immer spürbarer werdenden Blockierungen, der offenen Fragwürdigkeit des von ihr produzierten 'Fortschritts', den Zirkeln der Verschleißproduktion sowie der offenkundigen Fehlleitung materiellen Reichtums und menschlicher Möglichkeiten auch immer mehr Unzufriedenheit, Widerstand und Protest hervorreibt – Widerstand und Protest allerdings, der punktuell und heterogen, von unterschiedlichen Inerereen getragen, jedenfalls kaum objektiv 'vereinheitlicht' ist.

Die Prozesse der Spaltung und Ausgrenzung, der Zerstörung der Naturgrundlagen, der erzwungenen Mobilität, die Auflösung sozialer Zusammenhänge, die in Warenform gepreß-

ten Bedürfnisse und Beziehungen, die Untergrabung von Wertmustern und die Beseitigung historischen Bewußtseins – alles dies bildet die Grundlage für die augenscheinliche Zerfaserung der gesellschaftlichen Konflikte, für die Dezentralisierung und Segmentierung von sozialen Bewegungen. Während die kapitalistische Gesellschaft auf ihren inneren Desintegrationsprozeß mit fortschreitender Zentralisierung reagieren muß (Monopolisierung und Durchstaatlichung), entspricht dem keineswegs die Herausbildung eines einheitlich handelnden, im 'Grundwiderspruch' verankerten Klassensubjekts.

Von dem Desintegrations- und Durchstaatlichungsprozeß sind auch traditionelle politische Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften nicht unberührt geblieben. Ihre Bürokratisierung und Etatisierung, die selbst eine Folge der 'fordistischen' Transformation der Gesellschaft ist, schwächt die Legitimations- und Integrationskraft des etablierten Systems von Massenintegration und bildet so mit eine wesentliche Ursache für die Entstehung außerinstitutioneller Formen unmittelbarer Interessenwahrnehmung. Deren dezentrale, punktuelle und oft fluktuierende Erscheinungsform korrespondiert mit einer auffälligen Verbreitung von politischer Apathie und diffusem Unbehagen.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Herausbildung sozialrevolutionärer Bewegungen und Prozesse heute weniger denn je einer 'objektiven Logik' ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen gehorcht. Der Zusammenhang von 'Basis' und 'Überbau', von ökonomischer Struktur und Bewußtsein ist komplizierter, offener und damit 'politischer', als viele Marxisten geglaubt haben. Der strukturelle Ansatzpunkt für emanzipatorische Bewegungen liegt in den Widersprüchen, daß die Gewalt der fordistischen Reproduktionsform soziale Zusammenhänge fortwährend zerschlägt und neu zusammenfügt, Klassenlagen aufsplittert und zugleich einebnert, die Individuen zurechtschleift und normalisierend einpaßt und zugleich subjektive Überhänge, Wünsche, vielfältige Orte der Rebellion produziert *muß*. Nur geschieht dies eben punktuell und disparat, folgt keiner 'objektiven' Logik, hat eine vielfach gebrochene und verzerrte Form, manifestiert sich nicht naturwüchsig in einem vordefinierten 'revolutionären Subjekt'.

Die komplexe Fragmentierung der Gesellschaft, die für die Individuen segmentierten und widersprüchlichen Erfahrungszusammenhänge und die permanent vorangetriebene gewaltsame Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse verändern den politischen Prozeß, d.h. die Bedingungen und Formen der Entwicklung politischen Bewußtseins und kollektiven Handelns grundlegend. Die »neuen sozialen Bewegungen« drücken dies am deutlichsten aus. Das heißt nicht, daß sie in ihrer derzeitigen Erscheinungsform *die* gesellschaftsverändernde Kraft darstellten. Sie sind zugleich Produkte des gesellschaftlichen Ausbeutungs- und Zwangszusammenhangs und Orte von gesellschaftlicher Erfahrung und praktischem Lernen. Und deshalb ändern sich ihr Charakter, ihre Struktur und ihre Zielsetzung fortwährend. Was sich in ihnen allerdings ausdrückt, ist eine Form des politischen Handelns, das nicht durch vorgängige Organisation und abstrakte Vereinheitlichung auf der Basis scheinbar 'objektiver' Interessen und Klassenlagen geprägt ist, sondern die Ausbildung von übergreifenderen Aktionszusammenhängen und Zielvorstellungen aus unmittelbarer Interessenwahrnehmung, praktischer Gesellschaftsveränderung im 'Alltag' und das Aneinanderarbeiten konfligierender Interessen herauswachsen läßt. Die neuen sozialen Bewegungen sind Produkte eines gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses, die politisch weitertreibende, aber zugleich zutiefst widersprüchliche Momente enthalten. Wie in ihnen und in Auseinandersetzung mit ihnen Erfahrungen verarbeitet werden, welche Lernprozesse und Strukturen sich dabei herausbilden, läßt sich schlecht prognostizieren.

Auf was es zunächst vor allem ankommt, ist diesen Prozeß und seinen gesellschaftlichen Kontext zu begreifen.

D. h. jeder, der sich zu diesem Thema äußert, muß von einer theoretisch wie politisch völlig offenen Situation ausgehen. Die politische, gesellschaftsverändernde Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen ist nicht nur umstritten, weil man sich nicht auf gemeinsame theoretische Raster zu ihrer Analyse oder gar Einschätzungen verständigen konnte, sondern weil sie in sich vieldeutig und ambivalent sind und außerdem ohne gesamtgesellschaftliche Analyseversuche ('Modell Deutschland' und Fordismus) und besonders eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung kaum zu bestimmen ist.

Daß wir hier Bürgerinitiativen, Ökologiebewegung, Alternativ- und Frauenbewegung unter dem Sammelbegriff 'neue soziale Bewegungen' zusammenfassen, scheint legitim, weil es zwischen den verschiedenen Strömungen zahlreiche inhaltliche und personelle Verknüpfungen und einen gemeinsamen zeitlichen Entstehungszusammenhang gibt. 'Neu' bezieht sich auch auf ihre spezifische Modernität im Sinne der oben angedeuteten gesellschaftsstrukturellen Veränderungen und der daraus resultierenden Konfliktstruktur. Sie sind insofern tatsächlich 'auf der Höhe der Zeit'.

Merkmale der neuen sozialen Bewegungen

— Gesellschaftliche Verankerung und Resonanz

Der zahlenmäßige Boom der Bürgerinitiativen in den siebziger Jahren, am spektakulärsten im Bereich des Umweltschutzes, deutet darauf hin, daß wir es nicht mit einer vorübergehenden, etwa durch sozialliberale Reformversprechen motivierten politischen Konjunktur bzw. Schwindelblüte zu tun haben. Ähnliches gilt auch für die Frauenbewegung und die Alternativszenen, wo das politische Interesse und die öffentliche Resonanz (z. B. der Frauenzeitschriften 'Courage' und 'Emma') weit über die unmittelbar in Gruppen Engagierten hinausgehen. Trotz deutlicher Rückschläge bzw. Blockierungen (in der Kernenergieopposition, im Kampf um das Verbandsklagerecht bzw. weitere Umweltschutz-Verbesserungen, durch Kontroversen um Parteibildung der 'Grünen', durch 'sektiererische' Tendenzen in der Frauenbewegung, Mißerfolge in der Abschaffung bzw. mit der 'Liberalisierung' des § 218 usw.) und heftiger innerer Kontroversen gibt es keine Anzeichen für ein Verebben der neuen sozialen Bewegungen.¹⁰

— thematische Breite

Kaum eine Sphäre des Alltagslebens bleibt von diesen Bewegungen unthematisiert, auch wenn sich einige Aktionsschwerpunkte (Kernenergie, § 218, Umweltschutz, Natur- und Körper-Themen usw.) herausgebildet haben. In Kritik und Gegenvorstellungen zeichnen sich umfassende gesellschaftliche Alternativen ab, auch wenn noch eher diffus, mit vielen (vor allem realpolitischen) Lücken und von außerordentlich großer Heterogenität. Der Einfluß der neuen sozialen Bewegungen ist selbst im Bereich der gesellschaftlichen Produktion (sanfte Technologien, Konversionsmodelle, Neubewertung der handwerklichen Produktion usw.) und im Agrarsektor (Landkommunen) spürbar, auch wenn die Resonanz in der Industriearbeiterschaft noch relativ gering ist ('Aktionskreis Leben', Modelle wie Lucas Aerospace). Die thematische Breite der neuen sozialen Bewegungen bietet damit die Chance,

Gegeninstitutionen, politische Infrastrukturen und gesellschaftliche Modellvorstellungen zu entfalten, die über einen abstrakten Antikapitalismus hinausgehen, selbst wichtige Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Bewegungen darstellen und Strukturen einer neuen Gesellschaft praktisch aufscheinen lassen — freilich mit ähnlicher Ambivalenz und Fluktuation, wie Genossenschaften und Gewerkschaften, Kommuneexperimente an der Wiege der Arbeiterbewegung, d. h. ohne politisch zukunftssträchtige Gewißheitsäquivalente.¹¹

— *punktueller Opposition*

Scheinbar im Widerspruch zur thematischen Breite steht der Umstand, daß sich die neuen sozialen Bewegungen sowohl in personaler wie in sozialer Hinsicht auf punktuellen, auf konkrete Betroffenheit bezogenen Widerstand konzentrieren. Gemessen am gesamten Spektrum kommunaler Politik bleiben z. B. die Aktionen und Proteste der Bürgerinitiativen höchst selektiv und meist an manifeste Protestpotentiale gebunden. Auch die lokale Kooperation solcher Initiativen ist erst an wenigen Orten soweit entwickelt, um aus sich heraus übergreifende Gegenentwürfe und präzise Alternativstrategien zu formulieren, die sich z. B. auch auf nicht-aktivierte, marginalisierte Teile der städtischen Bevölkerung (Arbeitsemigranten, Alte, Obdachlose etc.) beziehen. Dies gilt auch für die 'Emma'-Leserin, die die angebotene radikal-feministische Kritik in ihrem Alltag nur selektiv verarbeiten und anwenden kann. In den vielfältigen Lebensbezügen des Einzelnen stellt das Engagement in einer Bürgerinitiative nur einen mehr oder weniger wichtigen Ausschnitt dar. Es ist eine Frage der dort möglichen Lernprozesse, ob und welche Protesterfahrungen auch in andere Alltagssphären (Familie, Kindererziehung usw.) ausstrahlen und dort Handlungs- und Protestimpulse freisetzen. Das Verhältnis der verschiedenen Interessenausschnitte des Einzelnen zueinander dürfte dabei — gemessen an den Themen der neuen sozialen Bewegungen — eher widerspruchsvoll sein (Lohninteresse vs. Umweltschutz als ein geläufiges und demagogisch mobilisiertes Widerspruchspaar). Entscheidend ist der Verlust eines homogenen, verschiedene Lebensbereiche übergreifenden sozialen Milieus ('Lager', Subkultur, Nachbarschaft). Versuche, solche Bedingungen wieder herzustellen, haben Projektcharakter, sind also 'künstliche' Versuche (von der Gemeinwesenarbeit bis zu Alternativprojekten). Nur in wenigen Ausnahmen können regionalistische oder proletarische Strukturen und Traditionen belebt werden (alemannische Sprache und Bauernkriegstradition am Kaiserstuhl, proletarische Milieus in den Zehensiedlungen des Ruhrpotts).

— *innere Heterogenität, Radikalitätsgefälle*

Die einzelnen Bewegungen weisen in sich eine große Heterogenität auf, die sich auch in einem Radikalitätsgefälle äußert. Die Themen der Öko- und Frauenbewegung strahlen, was ihre Symbolik angeht (Anti-AKW-Aufkleber, Sonne, Frauenzeichen), in weite gesellschaftliche Bereiche, wo sie zu unverbindlichen Konsumzeichen verkommen können (wie schon zuvor der Palästinenser-Schal oder das Kriegsdienstgegnerzeichen). Weiter nach innen dokumentieren sie Interessen, Haltungen und Zugehörigkeiten. Die gelegentliche Lektüre einschlägiger Journale, Beteiligung an Demonstrationen, Festivals (Rock gegen Rechts) und diversen Kulturveranstaltungen (mit hohem Unterhaltungswert) markieren eine nächst Stufe. Kontinuierliche Mitarbeit in Umweltschutz- und Selbsterfahrungsgrup-

pen deuten auf eine intensivere Verankerung hin, wobei hier gleichzeitig Fragen des individuellen Lebensstils, der durch alle Bewegungen – wenn auch in unterschiedlicher Radikalität – ausgesprochen wird, über eine bloße Symbolik hinaus (Autoaufkleber), stärkere Beachtung finden (Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel, »gesunde« Ernährung etc.). Am radikalen Ende bzw. im radikalen Bereich der Bewegungen finden sich Versuche, durch einen Bruch mit dem zuvor gelebten Alltag die Kritik Momente der Bewegung konsequent auszuleben, experimentell zu radikalieren (Öko-Dörfer, Landkommunen, Frauenwohnungen). Im Unterschied zu der 'Radikalisierung' der 'Polit-Profis' am Ende der Studentenbewegung ist dabei nicht die theoretische Verallgemeinerung und das umfassende tagtägliche Engagement (in der politischen Gruppe, bzw. Partei) allein entscheidend, vielmehr sind die Maßstäbe eines 'alternativen Lebens' zumindest ebenso bedeutsam. Hier entstehen kollektive Gegenmilieus, die teilweise selbst in der Gefahr sind, sich von der 'Bewegung' abzukoppeln und zu gettoisieren.¹² Die Dynamik und Attraktivität der neuen sozialen Bewegungen ergibt sich z.T. aufgrund dieses Kontinuums, das sehr unterschiedliche Formen und Intensitäten von Engagement zuläßt und die zudem je nach biografischer und persönlicher Lage variiert werden können. Be- und Entlastungen des Engagements können individuell verändert werden, ohne daß damit das Anspruchsmilieu (des radikaleren Engagements) gefährdet wird oder organisationsverbindliche Ansprüche von dort an den Einzelnen herangetragen werden. Dies kommt der 'fordistischen' Segmentierung von Erfahrungszusammenhängen und Zeitstrukturen entgegen. Die Bindung der Radikalisierung der Beteiligung in sozialen Bewegungen an sozialisatorische Gegenmilieus (z.B. durch neue Beziehungsgeflechte und Selbstorganisationsformen in BI's) bedeutet für den Einzelnen zudem einen zusätzlichen Anreiz, in dem weitreichende biografische Wünsche nach Selbstveränderung eingebracht werden können, ohne daß sie als moralische Anforderung der Bewegung eingefordert werden.

Die 'moralische Ökonomie' der neuen sozialen Bewegungen weist – wenn diese Beschreibung zutrifft – damit eigentümlich moderne Grundzüge auf. Sie beläßt den Einzelnen den Spielraum von punktueller Kritik bis zum 'alternativen Leben', vom lockeren Sympathisieren bis zum radikalen Engagement, ohne darüber organisatorische Verbindlichkeiten zu stülpen. Damit kommt sie der strukturellen Zerrissenheit und Blockierung des modernen Alltagslebens und der dazugehörigen Zeitökonomie des Einzelnen sehr entgegen. Diese 'Modernität' der neuen sozialen Bewegungen läßt ihre Schwerpunkte und die Intensität des Engagements situativ und kontingent werden. Es zeichnet sich daher keine 'Entwicklungslogik' ab, wenn man von einer anhaltenden Diffusion der Themen und Fragestellungen in die Gesamtgesellschaft absieht. Auch die Perspektive einer weiteren Radikalisierung erscheint keineswegs notwendig, da sie für den Einzelnen zumeist mit einem biografischen Bruch in der Lebensführung verknüpft ist. Dieser steht in einen strukturellen Widerspruch zur ausschnitthaften, punktuellen Betroffenheit, auf die sich die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen gründet. Damit wird auch ein entscheidender Unterschied zur Geschichte der Arbeiterbewegung deutlich, wo eine Radikalisierung des Lohnarbeiterinteresses durchaus 'innerhalb' der Gesellschaft möglich und notwendig schien (»Alle Räder stehen still...«), also positiv an die Funktionsweise der Gesellschaft geknüpft war. Radikalisierungen innerhalb der neuen sozialen Bewegungen scheinen demgegenüber den erreichten Grad der Vergesellschaftung grundlegend in Frage zu stellen und schaffen »anti-moderne« Symbole und Lebensstile (Blockhütten, Landkommunen, handwerkliche Produktion usw.).

Fordismus und 'Modell Deutschland' haben zwei zentrale Schnittpunkte, an denen sich neue Konfliktfronten und Krisen abzeichnen: 'Natur', verstanden als gewachsene Umwelt und 'natürliche' Reproduktionsgrundlagen und das 'Individuum', das zum Fokus fortwährender gesellschaftlicher Umwälzungen wird.¹² Nicht daß die alten Konfliktfronten (Kapital-Arbeit usw.) verschwunden wären, aber sie sind institutionalisiert, ritualisiert und kodifiziert. Dies gilt im gleichen Umfange weder für das Umweltthema (der industrielle Umweltschutz greift als Symptombekämpfung zu kurz, das 'Vollzugsdefizit' ist selbst bei den vorhandenen laschen Bestimmungen notorisch), noch für die desintegrativen Tendenzen, die sich auf der Persönlichkeitsebene (Familie, soziale Beziehungen usw.) kumulieren, obwohl diese bereits der zentrale Bezugspunkt des 'Sicherheitsstaatskonzepts' sind. Trotz ihres – gemessen an der 'Komplexität' gesellschaftlicher Verhältnisse – scheinbaren Reduktionismus (Natur, Leben, etc.) sind also die 'Grünen', Umweltschützer, Bürgerinitiativler eigentlich an vorderster Front der 'Vergesellschaftung' – zumal in noch relativ wenig regulierten Bereichen. Der Nachweis dieses Zusammenhangs, den auch u.a. Offe und Greven versucht haben, ist bislang vorwiegend eine analytische Anstrengung und kein gemeinsames Bewußtsein der neuen sozialen Bewegungen.¹⁴ Vielmehr dominieren in den ideologischen Versatzstücken der neuen sozialen Bewegungen teilweise naturalistische Selbstinterpretationen, die in ihren gesellschaftspolitischen Dimensionen schillernd und vieldeutig bleiben.¹⁵

Man kann davon ausgehen, daß die Ansatzpunkte der neuen sozialen Bewegungen auf eine Krise des Fordismus hindeuten, der immer mehr an Grenzen der 'äußeren' und 'inneren' Natur stößt (am sinnfälligsten vielleicht im Bereich von Automobilisierung, 'autogerechter Stadt', Arbeitsmotivation etc.). Vor diesem Hintergrund stellt sich allerdings die Frage, ob die in den Bewegungen entwickelten Alternativen (öffentlicher Nahverkehr, Fahrrad, sanfte Technologien insgesamt, kommunale Dezentralisierung usw.) nicht Teil einer Reorganisation des Fordismus auf neuem Niveau ohne systemsprengende Qualität sein könnten, wie z.B. amerikanische Erfahrungen nahelegen.¹⁶

Die objektive Modernität der neuen sozialen Bewegungen erweist sich auf der Ebene der Ideologien und Selbstinterpretationen als extrem widersprüchlich, verkleidet sich in eigentümlichen Idyllen und Romantizismen. Bei solchen reduktionistischen Verarbeitungsmöglichkeiten der 'Natur' und 'Persönlichkeit' dürfen zudem latent oder offen selbstdestruktive Formen (neue Religiosität, Drogen etc.) nicht aus dem Blick geraten. Eine reaktionäre politische Mobilisierung – wie im deutschen Faschismus – dürfte indessen systematisch begrenzt bleiben, da die Gesellschaft – bezogen auf den Vergesellschaftungsgrad – gleichzeitig geworden sein dürfte und außerdem die Verknüpfung von 'Natur' mit individualistischen Komponenten (gegen Massen, Bünde etc.) dem traditionellen Populismus wenig Chancen gibt. In diese Richtung weisen die mit den Etiketten 'Wertwandel' und 'Narzißmus' geführten Diskussionen über die psychosozialen Veränderungen im Kontext der fordistischen Gesellschaft.

— selektive soziale Basis

Trotz ihrer breiten gesellschaftlichen Resonanz sind die neuen sozialen Bewegungen eine Domäne der Mittelschichten, so legen es alle einschlägigen Untersuchungen nahe, obwohl

sich auch in den letzten Jahren eine stärkere Beteiligung von Industriearbeitern und anderen Lohnabhängigen abzeichnet¹⁷. Klassenanalytisch sind solche Aussagen der empirischen Untersuchungen meist völlig untauglich, da unter den 'neuen Mittelklassen' – bezogen auf ihre Stellung im Produktionsprozeß – sehr unterschiedliche Gruppierungen zusammengefaßt werden. Vor dem Hintergrund der Fordismus-These wäre – wie oben schon angedeutet – zu untersuchen, ob Protestverhalten gegen diesen Reproduktionsmodus nicht dort am ehesten auftritt, wo die produktivistische Anbindung (Industriearbeit) locker ist oder fehlt. Die korporativistische Einbindung der Gewerkschaften mit dem Arbeitsplatz-Argument – besonders deutlich im Atomkonflikt – vertraut demagogisch auf die Mobilisierung der erfahrbaren Abhängigkeit vom Arbeitsplatz, dergegenüber die Belastungen im Reproduktionsbereich nachgeordnet erscheinen. Diese gegenläufigen Organisationsformen gesellschaftlicher Erfahrungsbereiche können materiell die geringe Beteiligung von Industriearbeitern in den neuen sozialen Bewegungen erklären. Sie erweitert die strukturelle Argumentation der Partizipationsforschung, daß zwischen Betroffenheit und unkonventionellen politischen Widerstandsformen gesellschaftsstrukturelle Beteiligungsbarrieren treten (autoritäre Strukturen in Familie, Betrieb, Schule und entsprechende Sozialisationsprozesse), die allerdings auch bei konventionellen Beteiligungsformen (Parteimitgliedschaften usw.) feststellbar sind. Die soziale Selektivität ist zumindest kein spezifisches Argument gegen Bürgerinitiativen und andere neue soziale Bewegungen, wenn man sie mit der sozialen Zusammensetzung etwa der Parteifunktionäre (auch bei den traditionellen linken Parteien) vergleicht.

Bei der Auseinandersetzung mit der sozialen Basis der neuen sozialen Bewegungen ist zudem darauf hinzuweisen, daß sie durch ihre Binnenstrukturen außerordentlich partizipationsfreundlich sind, d.h. von sich aus nur sehr geringe Beteiligungsbarrieren aufweisen, zudem durch den kulturellen Diffusionsprozeß ihrer Symbole und Themen auch dort wirksam werden, wo sich kein direktes Engagement einstellt. Wichtig ist zudem die starke Beteiligung von 'Marginalisierten', die oft auch den radikalen Flügel bilden. 'Marginal' meint dabei nicht nur Pauperisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung, sondern auch benachteiligte Situationsgruppen, die teilweise aus dem fordistischen Reproduktionszusammenhang ausgeschieden wurden bzw. sich ausgeklinkt haben oder noch nicht fest verankert sind (z.B. Teile der Jugendlichen). Am geringen Stellenwert 'sozialer Forderungen' wird allerdings deutlich, daß die neuen sozialen Bewegungen keine 'Marginalisiertenbewegungen' sind, obwohl die 'marginalisierten' Teile für die innere Dynamik dieser Bewegungen eine wichtige Rolle spielen dürften.

Politische Frontstellungen

— innere Ambivalenzen

Die schon beschriebene thematische und soziale Heterogenität schlägt sich auch in den politischen Ambivalenzen der neuen sozialen Bewegungen nieder. So schwankt das Selbstverständnis der Bürgerinitiativ-Aktivisten zwischen einer auf demokratische Ergänzung und Korrektur gerichteten Detailkritik an politischen Entscheidungen oder bürgerlichen Selbsthilfe beim Ausbau von Infrastruktureinrichtungen einerseits – ohne dieses System insgesamt infrage zu stellen (wie schon aufgrund des hohen Anteils von Parteimitgliedern in

den BIs zu vermuten ist) – und einer radikaldemokratischen Gegenkultur andererseits, die als politischer Kern einer gesamtgesellschaftlichen Alternative (eine entstaatlichte 'Bürgergesellschaft' auf Selbstverwaltungsgrundlage) zu sehen ist¹⁸. Entsprechend sind auch die korrelierenden Gegensatzpaare in den meisten Bürgerinitiativen, aber wohl auch in allen sozialen Bewegungen virulent:

systemloyal – antikapitalistisch

staatlich – antistaatlich

gewaltfrei – militant

parlamentarisch – antiparlamentarisch.

Wohlgemerkt, dies sind nicht nur Umschreibungen der Auseinandersetzungen um die 'Grünen'¹⁹ innerhalb der Ökologiebewegung, sondern mehr oder weniger stark in allen sozialen Bewegungen vertretene widersprüchliche Positionen. Dies läßt vermuten, daß die politischen Ambivalenzen strukturelle Ursachen haben, keine bloß ideologische Diffusität anzeigen und nicht nur der unterschiedlichen Vorgeschichte der in den Bewegungen neu zusammenkommenden politischen Generationen und Akteure zu verdanken sind. Die Ambivalenzen ergeben sich aus den widersprüchlichen Erfahrungen mit der den Fordismus flankierenden 'Durchstaatlichung', wo der Staat als 'Manager des Alltagslebens' auftritt, der sowohl bekämpft wie in Anspruch genommen wird und dem der Einzelne – so oder so – kaum entgehen kann. Nur mit der Herausbildung von Gegenmilieus läßt sich diese universelle Abhängigkeit reduzieren²⁰. Eine Häufung von 'negativen' Staatserfahrungen, die einen 'klärenden' Radikalisierungsschub innerhalb dieser Bewegungen auslösen könnte, ist kaum zu erwarten, es sei denn, es kommt zu tiefgreifenden Marginalisierungsprozessen, d.h. das sozialliberale 'Modell Deutschland' wird durch eine reaktionäre Variante abgelöst. Die politischen Ambivalenzen können allerdings selbst als durchaus produktiv angesehen werden. Sie brechen zum einen in größeren Teilen der Bevölkerung den traditionellen staatsbürgerlichen Autoritarismus auf (staatliches Handeln ist nicht länger per se legitim und hinzunehmen), zum anderen sind die Aktionen der neuen sozialen Bewegungen durch ihre Rückbindung an Betroffenheiten, Konflikterfahrungen und der Entfaltung von sozialen Gegenmilieus gegen einen abstrakten Anti-Etatismus gefeiert (»Kampf dem Staat«), der den fordistisch erweiterten gesellschaftlichen Funktionen staatlicher Institutionen (im weitesten Sinne) kaum gerecht zu werden vermag. Die Ablösung bzw. Auflösung des Staates wird aus der Sicht der neueren soziale Bewegungen eher als Konzept der schrittweisen Rücknahme staatlicher Funktionen in überschaubarere gesellschaftliche Zusammenhänge denkbar (gegen die Verstaatlichung der Kommunen wird die Kommunalisierung des Staates gesetzt, staatliche Sozialpolitik soll tendenziell in neue soziale Netze, die es zu entwickeln gilt – Kommunen, Nachbarschaften etc. –, zurückgenommen werden). Die Parlamentarisierungsversuche aus dem Milieu der neuen sozialen Bewegungen machen jedoch die Widersprüchlichkeit dieses Prozesses deutlich.

— *Konfliktterrain (Alltag, Kommune, Verwaltung)*

Politische Erfahrungen und Lernprozesse der neuen sozialen Bewegungen sind sehr stark durch das Terrain geprägt, in dem sie im wesentlichen angesiedelt sind. Gemessen an den Themen der 'hohen Politik', wie auch an linker Gesellschaftskritik weisen sie eine starke 'Unterpolitisierung' auf. Kennzeichen der auf der Alltagsebene angesiedelten Konflikte ist zunächst ihre 'Nicht-Radikalität'. Nur für wenige der Betroffenen stellen sie entscheid-

de, drastische, tiefgreifende Veränderungen in den unmittelbaren Reproduktionsmöglichkeiten dar. Selbst wo sich eine Radikalisierung ergibt, bleiben die politischen Auswirkungen zunächst relativ beschränkt (Resonanz von Alternativprojekten, regional und thematisch eingegrenzte Radikalisierungen – wie z.B. am Kaiserstuhl). Alltagskonflikte haben eine niedrigere, möglicherweise aber unter fordristischen Bedingungen nachhaltigere Politisierungskraft, als z.B. die 'internationalen' Themen der außerparlamentarischen Opposition oder der Atomwaffengegener. Alltäglichkeit erscheint darum als politisches Nadelöhr, durch das radikalere politische Veränderungsvorstellungen und radikale Kritik hindurchgehen müssen.

Die kommunale Ebene, insbesondere die Kommunalverwaltung sind für die politischen Konflikte der neuen sozialen Bewegungen zumeist zentral (Ausnahmen sind z.B. atomrechtliche Genehmigungsverfahren, in denen die Kommunen nur noch ein Akteur unter vielen sind, oder der Kampf gegen den § 218). Initiativ- und Protestgruppen machen dabei höchst unterschiedliche Erfahrungen. Ein Großteil der Gruppen mit konkreten und begrenzten Forderungen ist durchaus erfolgreich. Andere lernen die kommunale Ebene als Verschiebepfad kennen, wo die kommunale Allzuständigkeit für die Reproduktionsbedingungen sich am politischen Substanzverlust durch Zentralisierung (oder Politikverflechtung) der Entscheidungen bricht. Die 'Verstaatlichung' der Kommunen macht sie auf der einen Seite zu einem 'Puffer' gegen ein Durchschlagen der Proteste auf eine höhere Ebene (auch Scheinbeteiligungen etc. dienen diesem Ziele), läßt den Protest ins Leere laufen, aushungern und schirmt auf der materiellen Seite den Staatshaushalt gegen eine 'Anspruchsinflation' ab. Auf der anderen Seite radikalisiert sie den Protest eben gegen jene Staatsstruktur und fördert den Konsens über eine 'basisdemokratische' Kommunalisierung der Staatstätigkeit.

Der 'politische Substanzverlust' des kommunalen Konfliktfeldes bedingt allerdings auch, daß übergreifende politische Entwicklungstendenzen und staatliche Prioritätensetzungen nur peripher und nicht systematisch ins Blickfeld der neuen sozialen Bewegungen geraten. Er prägt eine Mischung aus formaler Radikalität (basisdemokratisch), konkretistischer Borniertheit und fehlenden politischen Gemeinsamkeiten auf allgemeinere Ebene. Gleichzeitig ermöglichen die spezifischen partikularen 'Ideologien' der neuen sozialen Bewegungen prinzipialistische Radikalisierungen (etwa auf der Ebene ökologischer oder feministischer Themen) und weitertreibende Lernprozesse. Das Spannungsverhältnis zwischen bewegungsspezifischen Prinzipien und den legitimationsarmen alltäglichen Konfliktfeldern bildet einen offensiven Stachel, der zur weiteren Durchdringung bisher nicht in den Protest- und Konflikthorizont geratener Themen antreiben kann.

Eine Analyse des kommunalen Terrains darf auch jene institutionellen Gegenstrategien aus dem Verwaltungsapparat nicht übersehen, die nicht etwa nur auf der Ebene folgenloser Beteiligungsangebote verharren, sondern punktuelle Gegenmobilisierungen privilegierter Bevölkerungsteile (Verwaltungen und Parteien gründen z.B. ihre eigenen Bürgerinitiativen) und (gemeinsam mit der von Seiten des Kapitals ebenfalls verstärkten Produktionsöffentlichkeit – Werbung für Atomstrom usw.) neue Öffentlichkeitsstrategien (fast jede größere Kommune hat sich in den letzten 5 – 10 Jahren ein Presse- und Informationsamt zugelegt) umfassen. Nachdem das Elend des Kommunalparlamentarismus allzu deutlich wurde, die Parteien immer weniger geschlossen die Verwaltungsmaßnahmen legitimieren können, haben die Verwaltungen diese Legitimationsarbeit teilweise selbst in die Hand genommen.

Die etablierten politischen Parteien sind – schon aufgrund ihrer eigenen 'Verstaatlichung' - wesentliche ideologische Apparate zur Flankierung des 'Modell Deutschland' bzw. fordristischer Reorganisationsversuche. Gerade indem sie auf der 'Systemebene' beharren, gegen die 'Partikularität' der jeweiligen Interessen den eigenen 'Gemeinwohlanspruch' und ihre Repräsentativitätsbehauptung setzen, negieren sie strukturell die dabei produzierten Konflikte, versuchen sie zu pazifizieren, kanalisieren, kleinzuarbeiten und zu unterdrücken, also das gesamte Spektrum politischer Bearbeitung einzusetzen. Die Logik des ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungsmusters darf in keiner Weise angetastet werden, was allerdings 'Korrekturen' an einzelnen 'Mißständen', also Formen konzessiver Politik nicht ausschließt. Faktisch gelingt die Ankoppelung an diesen sozialdemokratisch-reformerischen Politiktypus jedoch kaum mehr, wird die Repräsentanz der sozialen Konflikte durch und über die Partei längst nicht mehr angestrebt. Die Artikulation der im fordristischen Modell auftretenden Konflikte nötigt daher zu Formen unkonventioneller politischer Praxis. Dieser Zusammenhang ist eine Grundlage der neuen sozialen Bewegungen und macht ihre spezifische politische Form aus.

Die notwendige Abkoppelung zwischen Parteipolitik und sozialen Konflikten – sieht man einmal von punktuellen Übereinstimmungen in einzelnen Konfliktlagen und erfolgreicher parteipolitischer »Kleinarbeit« ab – bedingt auch zentral das Verhältnis zwischen den Bundestagsparteien und den neuen sozialen Bewegungen. Die Bundestagsparteien versuchen ihr praktisch stark relativiertes Politikmonopol zu bewahren, indem sie BIs, Frauenbewegung, Kernenergieopposition in den politischen Vorhof partikularer Interessenvertretung abzudrängen bzw. ihre Themen selektiv aufgreifen und zu neutralisieren versuchen. Gleichzeitig ist zu unterscheiden zwischen der Praxis der Parteiapparate und der Situation der Mitglieder und nicht-professionellen Funktionäre, die aufgrund ihrer eigenen Lebenssituation und der Rückkoppelung an ihre 'Basis' sich nicht völlig gegen die Impulse der neuen sozialen Bewegungen abschirmen können, selbst sogar in Ausschnitten an ihnen teilhaben. Daher haben sich vor allem in den sozialliberalen Parteien – trotz und wegen des gegenläufigen Regierungskurses – Strömungen gebildet, die eine Umsetzung der Impulse aus diesen Bewegungen versuchen. Innerhalb der Partei haben sie freilich eher einen wahlstrategisch beschränkt tolerierten Alibicharakter.

Das Dichtmachen der parteipolitischen Apparate, die sich als Organisationsformen selbst infrage stellen müßten, wollten sie sich grundsätzlich für die Politikformen der neuen sozialen Bewegungen öffnen, hat entsprechende Parlamentarisierungstendenzen in den neuen sozialen Bewegungen ausgelöst, an denen auch enttäuschte sozialliberale Funktionäre einen wichtigen Anteil haben (ein Großteil der 'Grünen'-Funktionäre sind ehemalige SPD-Funktionäre).

Aufgrund der Konfliktbasis der neuen sozialen Bewegungen, ihrer außerinstitutionellen Genese müssen parteiförmige Versuche prinzipiell in ihrem Bezug zu ihrer »Basis« prekär bleiben. Der Funktionsmodus der Volksparteien, der auf der umfassenden Definition des Politischen beruht (alles was von ihnen an sozialen Themen aufgegriffen und verallgemeinert wird, ist das Politische), setzt konkurrierende Parteien (eine solche wäre auch eine »Partei neuen Typs«, wie sie gelegentlich von den 'Grünen' erwartet wird) unter einen spezifischen *Generalisierungszwang*, dem Verallgemeinerungsversuche aus den Bewegungen heraus relativ hilflos gegenüberstehen. Ökologische oder feministische Prinzipien sind

zwar durchaus nicht auf einen Punkt oder ein Thema beschränkt, sie bieten jedoch kaum eindeutige Aussagen inbezug auf die offiziellen Politikthemen. Dies wird zum Beispiel an der Parlamentsarbeit der Bremer 'Grünen' (Haushaltsdebatte) deutlich, wo Prinzipien wie Dezentralisierung, Entstaatlichung sozial und politisch ambivalent bleiben mußten (so bei der Unterstützung einer elitären Privatschulinitiative).

Andererseits bietet die Programmdiskussion der 'Grünen', wo der Versuch gemacht wurde, sich dem thematischen Generalisierungszwang der Konkurrenzparteien zu beugen (Forderungen der Arbeiterbewegung, 35-Stunden-Woche) genügend Illustrationen dafür, daß damit die mögliche Konsensbasis der ökologischen Bewegung überstrapaziert wird. Das im Detail durchaus subversive Moment ökologischer Prinzipien und Radikalisierungen schleift sich dabei notwendig ab und verliert an gegenkultureller Brisanz in dem Maße, in dem es politisch eindeutiger wird und den Bereich punktueller und sektoraler Themen verläßt.

Perspektiven der sozialen Bewegungen in den 80er Jahren

— Institutionalisation und/oder Gegenkultur

Innerhalb der neuen sozialen Bewegungen haben sich in den letzten Jahren parallel zwei unterschiedliche, in ihrer Struktur durchaus auch gegensätzliche Tendenzen verstärkt. Zum einen hat sich eine *Gegenkultur* entwickelt, die dem subkulturellen Getto minoritärer Gruppierungen entwachsen ist. Diese Gegenkultur konstituiert sich aus einem Set von 'politischen' Praktiken (Initiativen, Demos usw.) und Institutionen, die mit der Praxis dieser Bewegungen meist relativ eng verknüpft sind; dazu gehören unter anderem die kommunikative Infrastruktur der Stadt- und Alternativzeitungen, lokaler Kommunikationszentren, einzelne Veranstaltungen, die übergreifenden Charakter haben und Vernetzungsversuche, wie sie mit dem 'Netzwerk Selbsthilfe' anlaufen. Resonanz und Ausstrahlung dieser Gegenkultur sind relativ groß, sie wirken weit in die bestehenden Institutionen hinein, wobei besonders Jugendliche und Beschäftigte des Dienstleistungssektors (Lehrer, Sozialarbeiter, Sozialwissenschaftler) Mittlerfunktionen übernehmen. Indikatoren für diese kulturelle Durchdringung sind zum Beispiel die Auseinandersetzungen um die gewerkschaftliche Jugendarbeit, die Diskussionen in kirchlichen und politischen Jugendverbänden, aber auch der 'Aktionskreis Leben'. Dieser Einfluß ist stetig und nachhaltig, wirkt sich jedoch bisher nur punktuell in der Praxis der etablierten Institutionen aus und verbleibt in der Ambivalenz von modischer Anpassung (man trägt 'grün') und ideologischer Integration auf der einen Seite und subversiven Impulsen, die langfristig das institutionalisierte Selbstverständnis politischer Praxis ('Vertretung' von Interessen) zersetzen. Diese Erfahrungen begünstigen subkulturelle Radikalisierungsversuche, auch wenn diese im Status des 'Scheinradikalismus' verharren (z.B. die aktuelle Aussteiger-Diskussion in den helfenden und lehrenden Berufen).

Seit den Spaltungs- und Zerfallserscheinungen nach Brokdorf und Itzehoe²¹ zeichnet sich jedoch für die Ökologiebewegung eine wachsende Verbindlichkeit ihrer genuinen 'Ideologie' ab, die von einem Zerfallsprozeß der K-Gruppen, genauer des mit ihnen verknüpften Politikverständnisses, begleitet ist. Dies wird besonders am Prinzip der Gewaltfreiheit deutlich, das seit Kalkar dort noch staatlich erzwungen – und besonders bei der jüngsten Gorleben-Räumung durchgehalten werden konnte. Der dort praktizierte

'gewaltfreie Widerstand' deutet auf eine politische Homogenisierung dieser Bewegung hin, auch wenn gerade aus dem linken Lager massive Einwände und Radikalisierungsversuche kommen. Bezogen auf die 'Wertwandel-Diskussion' kann das stete praktische Wirken der neuen sozialen Bewegungen in Alternativprojekten, Initiativen etc. als Verstärker jener Umorientierungen gelten, die das Leitbild des Konsumerismus und der assoziierten Arbeitsmoral infrage stellen. Einerseits sind die Themen (Arbeit, Lernen, Leben usw.) dabei so radikal, daß sie durchaus die gesellschaftliche 'Verfassungsfrage' stellen, wenn auch nicht in Form der traditionellen Kategorien des Antikapitalismus/Sozialismus. Andererseits ist dieser Prozeß eher langfristig und wenig spektakulär, hängt von der Attraktivität der Gegenmodelle ab, und er ist – im Prinzip – durchaus integrierbar, d.h. er mündet nicht notwendig in einen 'revolutionären Block' oder in einen schleichenden Wandel à la 'stille Revolution'.

Für die Wirkungen der durch die neuen sozialen Bewegungen getragenen Gegenkultur sind nicht nur die Entwicklungstendenzen des 'Modell Deutschland' maßgeblich, sondern auch die inneren Differenzierungsprozesse. Dazu gehört die zweite Entwicklungsrichtung innerhalb der neuen sozialen Bewegungen, die auf vielfältige *Institutionalisierungen und Formalisierungen* hindeutet. Am deutlichsten zeigt sich dieser Prozeß im Bereich der Ökologiebewegung. Der Übergang von einzelnen Bürgerinitiativen zur *Ökologiebewegung* vollzog sich zwar auf der eine Seite praktisch anläßlich von zentralen Konflikten (Wyhl, Brokdorf etc.), andererseits war dieser Prozeß von einer Verstärkung von verbandlichen Strukturen begleitet, vor allem durch eine Wiederbelebung der Naturschutzverbände²². Es handelt sich dabei nicht um einen Kooperationsansatz, der die innere Struktur der Initiativbasis unberührt ließe, sondern um eine problemträchtige »Formalisierung« mit Mitgliedschaftsregeln, Ablösung von konkreter Betroffenheit und aktuellen Konflikten, Auseinandertreten von aktiver und passiver Mitgliedschaft, Verlust an face-to-face Kommunikation, was sich auch auf die 'Politik' der Verbände und Organisationen auswirken muß. Von diesem Formalisierungsprozeß gehen Tendenzen zur Selbstintegration in bestehende politische Strukturen aus (Verbandsklage-Anerkennung, Mitarbeit in entsprechenden staatlichen Ausschüssen), die zudem eine thematischen Eingrenzung – und damit 'politische Enthaltbarkeit' – begünstigen. Diese Formalisierungstendenzen im Bereich der Umweltschutzinitiativen sind zwar auf der einen Seite ein Ergebnis der Erfolge der sozialen Bewegung, ihrer breiten Resonanz, die *Organisierung auf diese Ebene* raubt ihr aber tendenziell den politischen Stachel, drängt sie in die Sphäre der verbandlichen Interessenvertretung und des Lobbyismus – mit eher symbolischem Verhältnis zur 'Basis' ab.

Die Entwicklung der *grünen Partei* ist zwar auch ein Ausdruck dieser Formalisierungstendenzen (die diversen Verbände waren am Konstitutionsprozeß stark beteiligt), sie läßt sich jedoch nicht darauf reduzieren und ist in ihren politischen Konsequenzen wesentlich ambivalenter (dies liegt schon am breiten Spektrum der an dieser Parteigründung Beteiligten, insbesondere den Gruppierungen der Linken und den abgesprungenen Ökologen aus den etablierten Parteien). Hier tut sich vor allem das Problem auf, wie sich die parteiförmige Organisierung auf die 'gegenkulturelle Basis' auswirkt (das Verhältnis zur 'Verbandsbasis' dürfte sich weniger schwierig gestalten). Zudem wird das Problem der politischen 'Entmischung' der unter dem ökologischen Fähnchen angetretenen Bündnispartner ein Dauertema sein, das durch praktische Mißerfolge, wie bei den bevorstehenden Wahlen aufgrund der Strauß/Schmidt-Polarisierung zu erwarten, an Sprengkraft gewinnen wird.

Innere Heterogenität und politische Ambivalenzen lassen keine eindeutigen Aussagen über die Entwicklungsperspektiven der neuen sozialen Bewegungen zu. Völlig zurecht wird daher die Ebene der Lernprozesse als die für die weitere Zukunft der neuen sozialen Bewegungen mitentscheidende angesehen. Die Binnenstrukturen der neuen sozialen Bewegungen erscheinen dabei als besonders lernfördernd (vgl. die Ausführungen zum Radikalitätsgefälle, Zugangsmöglichkeiten etc.), Bürgerinitiativen wird gar von Pädagogen eine 'ideale Lernsituation'²³ zugesprochen. Betroffenheit, Aktionsbezug, Öffentlichkeit, Interessenorientierung, Selbsttätigkeit, aufklärende Konflikte mit staatlichen Institutionen, Parteien und Kapitalinteressen sind einige Stichworte dieser für einen breiten Kreis von unmittelbar Betroffenen durchaus offenen, unterschiedliche politische Lager, soziale Milieus, individuelle Isolierungen überwindenden Lernsituationen. Über Richtung und Auswirkungen dieser kollektiven Lernprozesse wissen wir allerdings wenig. Die beschriebenen Entwicklungstendenzen in der Ökobewegung lassen sich als in sich sehr verschiedene Ergebnisse solcher Lernerfahrungen deuten. Sie darauf zu reduzieren, wäre jedoch töricht. Die partiell durchaus erfolgreichen Integrationsbemühungen der sozialliberalen Parteien gegenüber Bürgerinitiativen deuten darauf hin, daß sie für einen Teil der Akteure als politische Vorschule für ein parteipolitisches Engagement wirksam werden, vor allem dann, wenn sich die Frage nach der Verallgemeinerung und politischen Umsetzung der gemachten Erfahrungen stellt. Bei aller praktischen Folgenlosigkeit des feministischen oder ökologischen Engagements z. B. in der Sozialdemokratie ist dies selbst doch Ausdruck eines praktisch-politischen Dilemmas der Umsetzung punktueller Konfliktserfahrungen bzw. partikulärer Interessen. Die Frage nach der politischen Verallgemeinerung ist auch durch die Parteigründungen aus den eigenen Reihen nicht beantwortet, da sie die unterschiedlichen und partikularen Erfahrungen eher gegeneinander setzen und zuspitzen.

Mit der 'Machfrage' eng verknüpft ist eine weitere Rahmenbedingung von politischen Lernprozessen in den neuen sozialen Bewegungen. Sind die dort gewonnenen und ausgedrückten neuen Werthaltungen tragfähig für weitere alternative Orientierungen auch unter ökonomisch deutlich schlechteren Bedingungen? Die Wertwandelforscher versichern zwar, daß auch ein materieller Rückschlag die Ausbreitung 'postmaterialistischer' Orientierung nicht zurücknehmen könne, möglicherweise sind sie aber von ökonomisch brisanten Kernbereichen in die konsum-kulturelle Sphäre abzudrängen, quasi als 'Freizeitorientierungen'. Dies gilt auch für die damit mögliche »Naturalisierung« der neuen gesellschaftlichen Konflikte, bzw. entsprechende Verarbeitungsformen.

Diese beiden Überlegungen machen deutlich, daß die 'ideale Lernsituation' nicht isoliert für sich genommen werden kann, sondern an die Entfaltung und Erhaltung einer integrativen, durchaus heterogenen politischen Gegenkultur gebunden bleibt, die sich nicht subkulturell verabschiedet, sondern auf allen Ebenen die Rückwirkungen auf die 'erste Gesellschaft' zu erhalten und zu erweitern versucht. Daß auf der Ebene lokaler Kooperation eine Fülle von Entwicklungschancen bestehen, die dieses Spannungsverhältnis offenhalten, können z. B. die Erfolge von Bürgerinitiativvertretern in den etablierten Parteien und Erfolge alternativer Listen bei der letzten Kommunalwahl in Tübingen verdeutlichen. Begünstigt durch ein breite Wahlmöglichkeit eröffnendes Wahlverfahren äußerte sich dort politischer Protest gegen verschiedene kommunale Entscheidungen auch innerhalb der etablierten politischen Lager und konnte damit kommunalpolitische Alternativen auf parlamentarischer Ebene präsentieren.

Zur Frage nach den Lernprozessen gehört auch, daß zahlreiche Themen und politische Ebenen nicht notwendig ins Blickfeld der neuen sozialen Bewegungen geraten müssen, weil sie in spezifischer Weise auf »Nähe« angelegt sind. So sind Fragen der 'Weltgesellschaft', im Sinne internationaler 'Arbeitsteilung', imperialistischer und neokolonialer Abhängigkeit, kriegerische Konflikte, aber auch z.B. die Verlagerung von schadstoffträchtigen, gesundheitsgefährdenden Industrien in Länder der dritten Welt einerseits keine genuinen Themen ihrer Politik, was sich auf die Konsens- und Handlungsfähigkeit in diesen Bereichen negativ auswirken muß. Andererseits bieten die selektiven Zugänge sozialer Bewegungen zu internationalen Zusammenhängen (Uran-Abbau in Australien gegen den Widerstand der Ur-Einwohner oder die Klitoris-Beschneidung in afrikanischen Regionen) durchaus auch weiterführende Lernchancen.

Auf der Ebene der politischen Formen gibt es – trotz spektakulärer Konflikte in Einzelfällen und entsprechenden Radikalisierungsprozessen – als mögliche Perspektive durchaus auch die einer 'Modernisierung' der westdeutschen Demokratie in Richtung demokratischer Ergänzung und bürgerschaftlicher Mobilisierung von unten. Gerade die Bürgerinitiativen bilden gegenwärtig Ansatzpunkte für eine 'Graswurzeldemokratie', wie sie in der angelsächsischen Tradition und vor allem in den USA seit langem bekannt ist. Die zeitliche, sachliche und soziale Begrenzung dieser Elemente direkter Demokratie müssen keineswegs den Stachel fundamentaldemokratischer Erweiterung in sich tragen, sondern können sich als Ergänzung zu den Repräsentativstrukturen einrichten. Auch das Tübinger Beispiel wird daraufhin zu untersuchen sein. Diesem politisch harmlosen, idyllischen Bild steht allerdings die innere Dynamik des Sicherheitsstaats entgegen. Dieser zielt notwendig auf die Aushöhlung faktisch folgenreicher Beteiligungsmöglichkeiten. Im Kampf gegen mögliches 'Unkraut' werden autoritäre Pestizide eingesetzt, die die Entwicklung demokratischer politischer Kulturen an den Wurzeln bedrohen. Gerade indem z.B. Bürgerinitiativen und die Ökologiebewegung Widerstand gegen die fordistische Vergesellschaftung und ihre Folgen artikulieren, ergibt sich das Dilemma, daß sie in dem Maße wie sie erfolgreich sind, auch mit repressiven staatlichen Gegenstrategien rechnen müssen, die von einer faktischen Aushöhlung der politischen Teilhaberechte bis zu präventiven militärischen Strategien (Kalkar) reichen können. Der Kernenergiekonflikt hat dafür reichlich Beispiele geboten, und die Konturen des Sicherheitsstaats deutlich werden lassen. Für die Weiterentwicklung der neuen sozialen Bewegungen wird es daher von zentraler Bedeutung sein, ob es künftig gelingt, diese offene politische Flanke zu sichern.

Praktische Möglichkeiten der intellektuellen Linken

Zu Beginn des Beitrags war auf die Gefahr hingewiesen worden, daß sich im Verhältnis der intellektuellen Linken und den neuen sozialen Bewegungen eine ähnliche politische Sackgasse bildet, wie sie aus der 'proletarischen Wende' der Studentenbewegung resultierte. Damit ist vor allem jener 'Avantgardismus' gemeint, der von 'außen' auf politische Aufklärung setzt, und dabei den Besitz der 'Wahrheit' fingiert. Obwohl entsprechende 'Führer' und Organisationsstrukturen existieren, die auf solche Führungsbedürfnisse zugeschnitten sind, deuten sich doch zahlreiche Veränderungen an, die ein politisch produktives, praktisches und theoretisches Zusammenwirken von Linksintellektuellen und neuen sozialen Bewegungen ermöglichen können.

— *Betroffenheit*. Trotz zahlreicher Vermittlungsversuche (von der gewerkschaftlichen Bildungs- bis zur Betriebsarbeit) blieben die Bezüge zur Arbeiterklasse in und nach der Protestbewegung meist eher abstrakt, eine Projektionsfolie für vielfältige politische Hoffnungen und Enttäuschungen, in der die Einschätzungen von dieser Arbeiterklasse eher dem Bild in einem fast erblindeten Spiegel glichen. Die Bezüge zu den neuen sozialen Bewegungen sind wesentlich unmittelbarer und direkter; die intellektuelle Linke ist in Ansätzen ein Teil davon und findet dort viele ihrer Probleme, Interessen und Erfahrungen wieder. Dies gilt für die Folgeprobleme der fordistischen Vergesellschaftung ebenso wie für die sich verschärfenden Marginalisierungstendenzen.

— *Theorie*. Die Kritik des Dogmatismus, die als 'Krise des Marxismus' gehandelt wird, hat eine theoretisch ungleich offenere Diskussionsatmosphäre geschaffen. Konnten früher die politischen Ambitionen noch geschichtslos mit den verschiedenen Traditionselementen der organisierten Arbeiterbewegung legitimiert werden, so haben die neuen sozialen Bewegungen, indem sie Konflikte und politische Mobilisierungsformen entwickelten, die 'theoretisch' nicht vorgesehen waren, eine Verunsicherung auf der Ebene der Gesellschaftsanalyse erzeugt, die sich hoffentlich nicht durch Theoriefeindlichkeit oder projektive Verfahren (die neuen sozialen Bewegungen als Neuauflagen von 'Maschinenstürmerei' oder der Jugendbewegung um die Jahrhundertwende) verschütten läßt. Die Produktivität dieser Verunsicherung zeigt sich nicht nur in den vielen Themenbereichen, die — für die linke Kritik — neu erschlossen wurden (Ökologie, Frauengeschichte, unterdrückte Geschichte des Widerstands, Technologiekritik usw.), sondern auch im experimentellen Gestus dieser Ansätze, die sich weitgehend von dem präskriptiv-normativen Grundton des linken Dogmatismus Anfang der siebziger Jahre entfernt haben.

— *Praxis*. Gesellschaftstheorie hat gleichzeitig in den neuen sozialen Bewegungen einen Zugewinn an politischer Bedeutung erfahren. Wo die Beziehung zur gesellschaftlichen 'Totalität' nicht mehr durch entsprechende Organisationsformen (Partei) gewährleistet scheint, sondern die Partikularität der politischen Praxis in einer nur durch Ausschnitte der eigenen Existenz erfassenden sozialen Bewegung bewußt bleibt, erhält Theorie und Gesellschaftsanalyse verstärkt orientierende und vermittelnde Aufgaben. Sie ist nicht mehr allein auf die Legitimation eines 'Lagers' zugeschnitten, auch wenn entsprechende Radikalisierungen aus den verschiedenen sozialen Bewegungen immer wieder versucht werden. Ihre Begrenztheit bleibt jedoch durchsichtig.

Aber nicht nur im Selbstverständnis und in der eigenen Orientierung gewinnt theoretische Praxis einen neuen Stellenwert. Auch die Praxis der neuen sozialen Bewegungen selbst ist in vielfältiger Hinsicht theoretische intellektuelle Praxis. Dies gilt nicht nur für den Bedarf an Gegengutachten in Bürgerinitiativen und der Öko-Bewegung beim Kampf um Öffentlichkeit. Das Ansetzen an partikularer Betroffenheit und punktuellen Interessen nötigt — gerade weil organisatorische 'Entlastungen' im Sinne einheitlicher Zielbestimmungen, Mitgliedschaften usw. für den Einzelnen weitgehend fehlen — zu individuellen und kollektiven Lernprozessen, in denen praktischer Gesellschaftsaufklärung ein erheblicher Stellenwert zukommt.

Für die Weiterentwicklung und gesellschaftliche Wirksamkeit der neuen sozialen Bewegungen kann die intellektuelle Linke darüberhinaus wichtige Funktionen übernehmen. Soweit sie in Institutionen der 'ersten Gesellschaft' beschäftigt ist bzw. auf sie Einfluß nehmen kann, ist es auch an ihr, die Motive und die Kritik der neuen sozialen Bewegungen dort geltend zu machen (Qualität der Arbeit, Gesundheit am Arbeitsplatz, Arbeitszeit wä-

ren z.B. einige Themen, wo sich die kritischen Motive aus den neuen sozialen Bewegungen mit gewerkschaftlichen Aufgaben vermitteln ließen) und damit auch der Marginalisierung und Gettoisierung von Teilen der neuen sozialen Bewegungen und der Herausbildung einer zweiten Gesellschaft entgegenzuwirken, die wirksam abgeschottet ist. Die fragmentierten Konfliktfelder und fehlenden organisatorischen Vernetzungen setzen die neuen sozialen Bewegungen unter den Druck einer spezifischen Geschichtslosigkeit. Jeder Konflikt scheint wieder von vorne zu beginnen, kumulative Lernprozesse sind zwar für einzelne, aber kaum für die 'Bewegung' möglich. Die eigene Geschichte bewußt zu halten, praktische Erfahrungsvermittlung und Aufarbeitung scheinen besonders wichtig, weil sie nicht 'organisatorisch' gesichert und geronnen ist.

Diese Stichpunkte für ein politisch produktives Verhältnis von linken und sozialen Bewegungen lassen bewußt Klippen und Probleme beiseite, die jedem Engagierten überdeutlich sind. Trotzdem scheint es uns nützlich, sich auf die prinzipiell möglichen Aufgaben zu besinnen und nicht nur deren ungenügende Umsetzung, die bestehenden Widerstände und Unzulänglichkeiten zu bejammern. Dies gilt besonders für die perspektivische Einschränkung der politischen Praxis auf die neuen sozialen Bewegungen. Aus der Analyse dürfte deutlich geworden sein, daß sie die strukturellen Gegensätze kapitalistischer Gesellschaften eher verschärfen und erweitern, aber nicht ablösen oder zum versiegen bringen. Von daher erübrigt es sich fast am Ende des Beitrags noch auf die Notwendigkeit zu verweisen, bestehende politische Arbeit in linken Gruppierungen, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Institutionen weiterzuentwickeln — wenn auch möglicherweise mit veränderten politischen Perspektiven und Aufgaben. Dies nur, um interessierten Mißverständnissen vorzubeugen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. u.a. Josef Esser, Wolfgang Fach, Georg Simonis, Das Modell Deutschland und seine Konstruktionsschwächen, in: *Leviathan* Nr. 1/1979, S. 1 ff.; Dies., Öffnung oder Spaltung der Gesellschaft — Grenzprobleme des »Modells Deutschland«, Universität Konstanz, FB Politische Wissenschaft, Diskussionsbeitrag Nr. 9/1979; Elmar Altvater, Deutschland — eine Modellskizze, in: Hermann L. Gremliza, Heinrich Hannover (Hrg.), *Die Linke, Bilanz und Perspektiven für die 80er*, Hamburg 1980, S. 39 ff.
- 2 Ansätze dazu finden sich bei Rainer Funke, *Sich durchsetzender Kapitalismus. Eine Alternative zum spätkapitalistischen Paradigma*, in: Tim Guldemann u.a.; *Sozialpolitik und soziale Kontrolle. Starnberger Studien H.2*, Frankfurt 1978, S. 228 ff.; Dieter Läßle, *Kapitalistische Vergesellschaftungstendenzen und Staatsinterventionismus*, in: *Handbuch 5: Staat*, hrg. v. V. Brandes, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Semmler, Frankfurt-Köln 1977, S. 215 ff.; im übrigen dazu Joachim Hirsch, *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt 1980.
- 3 Vgl. Stefan Breuer, *Die Krise der Revolutionstheorie*, Frankfurt 1977.
- 4 Vgl. vor allem Michel Aglietta, *Régulation et crises: L'expérience des Etats-Unis*, Paris 1976. Dazu Marcel Bühler, *Weltmarkt, internationale Arbeitsteilung und nationale Reproduktion — neuere französische Internationalisierungstheorien*, MS., Konstanz 1979 sowie Mike Davis, »Fordism« in crisis: a review of Michel Aglietta's *Régulation et Crises*, in: *Review*, Vol. II, Nr. 2, 1978, S. 131 ff.
- 5 Vgl. Fred Hirsch, *Social limits to growth*, London 1977.

- 6 Vgl. hierzu Christopher Lasch, *Das Zeitalter der Narzißmus*, München 1980 sowie die informative Kritik von Wolf-Dieter Narr, *Das Ende der Persönlichkeit*, in: *Leviathan* Nr. 1, 1980, S. 120 ff.
- 7 Herbert Marcuse, *Protozialismus und Spätkapitalismus*, in: *Kritik* Nr. 19, 1978, S. 5 ff.
- 8 Ronald Inglehart, *Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten*; Max Kaase, *Legitimitätskrise in westlichen demokratischen Industriegesellschaften: Mythos oder Realität ?*; Franz Lehner, *Die »stille Revolution«: Zur Theorie und Realität des Wertwandels in hochindustriellen Gesellschaften*, alle Beiträge in: H. Klages, P. Kmiecjak (Hrg.), *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt-New York 1979.
- 9 Auch Esser u. a. betonen zwar mögliche »Interferenzen« zwischen den beiden gesellschaftlichen Sektoren, begründen dies aber nicht systematisch, vgl. Dies., *Öffnung oder Spaltung der Gesellschaft*, a.a.O.
- 10 Eine Übersicht über die empirischen Daten zur Bürgerinitiativbewegung bieten Wolfgang Rüdiger, *Bürgerinitiativen im Umweltschutz. Eine Bestandsaufnahme der empirischen Befunde*, in: Otthein Rammstedt (Red.), *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft*, Villingen-Schwenningen 1980, S. 119 ff. und Walter Andritzky, Ulla Wahl-Terlinden, *Mitwirkung von Bürgerinitiativen an der Umweltpolitik*, Berlin 1980.
- 11 Die bunte Vielfalt der Modelle und Themen zeigt ein Blick auf die »fischer-alternativ«-Reihe des Fischer Taschenbuch Verlags und die Rowohlt-Reihe »Technologie und Politik«.
- 12 Dieser Problematik geht besonders ein von Wolfgang Kraushaar herausgegebener Band »Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung«, Frankfurt 1978, nach.
- 13 Das alte Parsons-Modell der cross-pressures kommt erst heute angesichts ständiger Lern-, Verlern- und Mobilitätszwänge voll zur Geltung.
- 14 Michael Th. Greven, *Parteiensystem, Wertwandel und neue Marginalität*, in: Joachim Matthes (Hrg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa*, Frankfurt-New York 1979; Claus Offe, *The state, ungovernability and the search for the »non-political«*, MS., Toronto 1979, und eine deutsche Version: »Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität«, in: Roland Roth (Hrg.), *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt-New York 1980.
- 15 Vgl. grundlegend Hans Peter Dreitzel, *Der politische Inhalt der Kultur*, in: A. Touraine u. a., *Jenseits der Krise. Wider das politische Defizit der Ökologie*, Frankfurt 1976, S. 50 ff.
- 16 Beispiele finden sich bei Margit Mayer, *Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung in den USA*, in: Roland Roth (Hrg.), a.a.O., S. 222 ff.
- 17 S. dazu Joachim Scharioth, *Gesellschaftliches Engagement der Bürger*, in: Otthein Rammstedt (Red.), *Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen*, Villingen 1977, S. 332 ff.
- 18 Zur These von der »Bürgergesellschaft« vgl. André Gorz, *Ökologie und Freiheit*, Reinbek 1980, bes. S. 36 ff.; Adalbert Evers hat die politischen Ambivalenzen anhand der divergierenden theoretischen Ansätze in der italienischen und französischen Diskussion herausgearbeitet, vgl. Adalbert Evers, *Die politische Bedeutung der sozialen Bewegungen*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jan. 1980.
- 19 Zur Diskussion in den »Grünen« siehe besonders Peter Willers, *Ich bin kein Bundesgrüner*, *Frankfurter Rundschau* v. 21.6.1980.
- 20 Auf die Abhängigkeit der Alternativbewegung von staatlicher Unterstützung bzw. von Subventionen Berufstätiger wurde schon oft hingewiesen. Vgl. dazu Eva Kreisky, Heinz Steinert, *Thesen zur Staatsfrömmigkeit der Alternativbewegung*, MS., 1980.
- 21 Zur Entwicklung der Kernenergie-Opposition vgl. besonders die Arbeit von Herbert Kitschelt, *Kernenergiepolitik — Arena eines gesellschaftlichen Konflikts*, Frankfurt-New York 1980.
- 22 Vgl. die jährlich ergänzten Berichte des Bundesumweltamtes, *Bürger im Umweltschutz*, 4. überarbeitete Auflage, Berlin 1979.
- 23 So z.B. Bernt Armbruster, *Lernen in Bürgernitiativen*, Baden-Baden 1979.